



www.MinisterieVanPropaganda.org

OTTO GROTEWOHL

**IM KAMPF
UM DIE EINIGE
DEUTSCHE
DEMOKRATISCHE
REPUBLIK**

**REDEN UND AUFSÄTZE
AUSWAHL AUS DEN JAHREN
1945-1953**

153/54

22. 4. 54



A. Gustavohls

MARX-ENGELS-LENIN-STALIN-INSTITUT BEIM ZK DER SED

OTTO GROTEWOHL
V

IM KAMPF UM DIE EINIGE DEUTSCHE
DEMOKRATISCHE REPUBLIK

REDEN UND AUFSÄTZE

Auswahl aus den Jahren 1945-1953

BAND I

1945-1949

Spezialisches Museum
für
Ungültig
des A. Z. 1954



DIETZ VERLAG BERLIN

1954

54 22 | NV

Mit zehn Bildbeilagen

giltig

1.-30. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1954 · Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten · Typographie: Dietz Entwurf · Einband: Hans Kurzhahn · Papierformat: 61 x 86 cm

Autorenbogen: 28,5 · Druckbogen: 35,5 · Lizenznummer 1

Satz und Druck: VEB Offizin Haag-Drugulin in Leipzig III/18/38

VK | Gw 43 v

Vorbemerkung

Die Reden und Aufsätze von Otto Grotewohl wurden in der vorliegenden Auswahl auf Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands anlässlich des 60. Geburtstages ihres Vorsitzenden, des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, herausgegeben.

Der Gesamttitel der drei Bände „Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik“ ist zugleich Richtschnur des Lebens und Wirkens von Otto Grotewohl im Kampf für die einige deutsche demokratische Republik, für Frieden, Völkerefreundschaft und eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes.

Band I enthält Arbeiten aus der Zeit von 1945 bis 1949. Die Reden und Schriften zeigen den Weg der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Deutschland, den Kampf der patriotischen Kräfte gegen die Spaltung Deutschlands, das Wirken der deutschen Volkskongreßbewegung bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die einen Wendepunkt in der Geschichte Europas darstellt. Sie geben Aufschluß über das Werden der einheitlichen Kampfpartei der Arbeiterklasse über die Aktionseinheit bis zur Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, jenes großen historischen Ereignisses, das eine entscheidende Wende im Leben des deutschen Volkes mit sich brachte. Sie geben Aufschluß über die Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu einer Partei neuen Typus.

Band II umfaßt Arbeiten aus den Jahren 1950 bis 1951 und

Band III aus den Jahren 1952 bis 1953. Diese Jahre sind erfüllt vom Kampf um die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, um die Festigung der Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik und die Herausbildung einer neuen deutschen Kultur, um die Verständigung der Deutschen in Ost und West. Seine besondere Aufmerksamkeit widmet Otto Grotewohl der Verbesserung der Lage des werktätigen Volkes, dem Bemühen, das Vertrauen der Masse zur Partei der Arbeiterklasse zu stärken. Gemeinsam mit Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht trägt er entscheidend dazu bei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zur Avantgarde des deutschen Volkes zu entwickeln.

Die Reden und Aufsätze sind chronologisch geordnet und nach den Manuskripten gedruckt; einige von ihnen sind gekürzt wiedergegeben.

Band III enthält im Anhang ein bibliographisches Verzeichnis der bis jetzt in Einzelausgaben erschienenen Schriften.

Die Redaktionskommission

Auf dem Wege zur Einheit

23. Dezember 1945

Über die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse gibt es keine Diskussion mehr. In Berücksichtigung der heutigen Lage der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes und der aus dieser Lage erwachsenden historischen Aufgabe haben sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands über die Frage der Einheit der Arbeiterklasse verständigt. Die Vereinbarung des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 19. Juni 1945 war die erste Phase dieser Verständigung. Die Vertreter beider Parteien drückten darin ihren festen Willen aus, alles zu tun, um auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaus die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.

Genau sechs Monate nach dieser Vereinbarung, am 20. und 21. Dezember 1945, trafen sich in Berlin zu einer gemeinsamen Konferenz der Zentralaussschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands mit den Vertretern der einzelnen Bezirke aus der sowjetischen Besatzungszone, um über die nach dem festgelegten Aktionsprogramm geleisteten Arbeiten Rechenschaft abzulegen und um die Frage der weiteren Zusammenarbeit zu klären. Von jeder der beiden Arbeiterparteien nahmen je dreißig Delegierte an der Konferenz teil. Das Ergebnis der von tiefem Ernst

Band III aus den Jahren 1952 bis 1953. Diese Jahre sind erfüllt vom Kampf um die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, um die Festigung der Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik und die Herausbildung einer neuen deutschen Kultur, um die Verständigung der Deutschen in Ost und West. Seine besondere Aufmerksamkeit widmet Otto Grotewohl der Verbesserung der Lage des werktätigen Volkes, dem Bemühen, das Vertrauen der Masse zur Partei der Arbeiterklasse zu stärken. Gemeinsam mit Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht trägt er entscheidend dazu bei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zur Avantgarde des deutschen Volkes zu entwickeln.

Die Reden und Aufsätze sind chronologisch geordnet und nach den Manuskripten gedruckt; einige von ihnen sind gekürzt wiedergegeben.

Band III enthält im Anhang ein bibliographisches Verzeichnis der bis jetzt in Einzelausgaben erschienenen Schriften.

Die Redaktionskommission

Auf dem Wege zur Einheit

23. Dezember 1945

Über die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse gibt es keine Diskussion mehr. In Berücksichtigung der heutigen Lage der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes und der aus dieser Lage erwachsenden historischen Aufgabe haben sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands über die Frage der Einheit der Arbeiterklasse verständigt. Die Vereinbarung des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 19. Juni 1945 war die erste Phase dieser Verständigung. Die Vertreter beider Parteien drückten darin ihren festen Willen aus, alles zu tun, um auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaus die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.

Genau sechs Monate nach dieser Vereinbarung, am 20. und 21. Dezember 1945, trafen sich in Berlin zu einer gemeinsamen Konferenz der Zentralaussschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands mit den Vertretern der einzelnen Bezirke aus der sowjetischen Besatzungszone, um über die nach dem festgelegten Aktionsprogramm geleisteten Arbeiten Rechenschaft abzulegen und um die Frage der weiteren Zusammenarbeit zu klären. Von jeder der beiden Arbeiterparteien nahmen je dreißig Delegierte an der Konferenz teil. Das Ergebnis der von tiefem Ernst

und hoher Verantwortung getragenen Aussprache zeugte von dem Verantwortungsbewußtsein der versammelten Vertreter gegenüber den Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse. Die gemachten Erfahrungen haben die Richtigkeit der Politik der antifaschistisch-demokratischen Aktionseinheit und besonders der Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien voll bestätigt.

Wer eines gerechten und sachlichen Urteils fähig ist, wird erkennen müssen, daß der gemeinsame Kampf trotz größter objektiver Hemmnisse und materieller Schwierigkeiten in kurzer Zeit höchst bedeutsame Erfolge erzielte. Durch die Zusammenarbeit ist es gelungen, den Aufbau neuer demokratischer Selbstverwaltungen durchzuführen, sie zu festigen, ihre Arbeit zu entfalten und damit die Grundlagen für die Existenz der Bevölkerung zu schaffen.

Mit der demokratischen Bodenreform und der Aufteilung des Bodens der Junker ist dem reaktionären Militarismus die Basis entzogen und eine Hauptwurzel des Faschismus und der imperialistischen Eroberungspolitik ausgerottet. Dank der engen Zusammenarbeit zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei konnte der demokratische Neuaufbau des deutschen Erziehungswesens in Angriff genommen werden.

Die erfolgreiche Ernteeinbringung schuf die Sicherung des Minimums der Volksernährung. Die Abwendung der Gefahr einer furchtbaren Hungersnot war nur durch das Bündnis zwischen den Werktätigen in Stadt und Land und durch die Erntehilfe für den Bauern möglich. Wo der Verkehr wieder läuft, die Schornsteine wieder rauchen, die Wohnungen wieder bewohnbar werden, Gas und Strom geliefert werden und aus den Trümmern ein neues Leben entsteht, da ist es nur das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen.

Wenn sich unser Volk Schritt für Schritt über Schutt und Trümmer den Weg vorwärtsbahnt, wenn es wieder aufwärtsgeht, so ist das nur das Ergebnis der antifaschistischen Aktionseinheit.

Gewiß, es gibt noch viel Not, viel Hunger, viel Kälte und Arbeitslosigkeit, aber wer hätte geglaubt, daß wir nach sechs Mo-

naten emsiger Arbeit und harten Schaffens bereits da stehen, wo wir heute stehen.

Viel ist getan, aber mehr noch muß getan werden! Kein Tag vergeht, der uns nicht vor neue Aufgaben stellt. Die vor uns liegenden Wintermonate werden unsere ganze Kraft erfordern. Der heimtückische und gefährliche Feind des Friedens und der Freiheit ist noch nicht vernichtet. Auf dem Boden wirtschaftlicher Unsicherheit und wirtschaftlicher Not wächst menschliche und politische Verzweiflung. Noch ist die Gefahr nicht gebannt, daß Reaktion und Faschismus ihr Haupt wieder erheben. Noch ist das Monopolkapital nicht vernichtet, noch hat es zahlreiche Helfer und Verbündete. Hier steht die Hauptkraft der Reaktion, und solange diese Macht nicht gebrochen ist, besteht die Gefahr einer reaktionären Restaurierung. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Hitlerfaschismus nichts anderes war als das Werkzeug des Monopolkapitals zur Niederschlagung aller fortschrittlichen, freiheitlichen Kräfte und zur Durchführung der verbrecherischen Kriegs- und Eroberungspläne des Finanzkapitals.

Wo ist die Kraft, die alle Gefahren für Frieden und Freiheit bannen und die dunklen Mächte der Reaktion, des Militarismus und des Faschismus endgültig überwinden kann? Diese Kraft kann nur die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der schaffenden Intelligenz sein. Keine dieser Aufgaben kann durch eine der vorhandenen Parteien oder durch eine der Arbeiterparteien allein gelöst werden. Nur in der Zusammenfassung der geballten Kraft liegt die Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgaben. Die Aufgaben wachsen, die Kraft muß sich steigern!

Die Erweiterung und Vertiefung der Aktionseinheit der Arbeiterparteien soll den Auftakt zur Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung bilden. Die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei haben erkannt, *daß das Lebensinteresse des schaffenden deutschen Volkes auf das dringlichste die Weiterentwicklung der Einheit erfordert.* Der historische Augenblick ist gekommen, die Lehre aus der

Vergangenheit der Arbeiterbewegung zu ziehen und den Zusammenschluß der Arbeiter in einer Einheitspartei vorzubereiten. Die Entwicklung und Ausbreitung des Imperialismus und die dadurch entstandenen Probleme haben die Arbeiterbewegung immer mehr zerklüftet. Die Zerrissenheit war neben anderen Ursachen ein Hauptgrund dafür, daß Hitler zur Macht kam und das deutsche Volk in maßloses Elend führte. In den zwölf Jahren der Hitlerherrschaft wurden Hunderttausende beider Parteien verfolgt und gehetzt, in Zuchthäusern und Konzentrationslagern gequält, gehängt und geköpft.

Soll das alles vergeblich gewesen sein? Nein! So wie sich in Zuchthäusern und Konzentrationslagern, in der Emigration die Genossen beider Parteien zusammenfanden und brüderlich die Zusammenarbeit nach dem Zusammenbruch des „dritten Reiches“ vorbereiteten und sich gelobten, für die Einheit der beiden Arbeiterparteien zu wirken, so fanden sich im gleichen Geist die Teilnehmer der Sechziger-Konferenz¹ zusammen.

Die Einheitspartei der Arbeiterbewegung soll vorbereitet werden. Die Sechziger-Konferenz hat zur Klärung dieser Fragen eine Studienkommission gebildet, die sich aus je vier Genossen der beiden Parteien zusammensetzt. Diese Studienkommission hat die Aufgabe, die programmatischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei zu prüfen. Das programmatische Minimum der neuen Partei soll die Vollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands im Sinne einer antifaschistischen, demokratischen Republik und das programmatische Maximum die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein.

In ihrer Verfassung soll die Partei auf dem Prinzip des demo-

¹ Die Sechziger-Konferenz setzte sich aus je 30 Vertretern der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei zusammen, die am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin die weitere Zusammenarbeit und die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei besprachen. *Die Red.*

kratischen Bestimmungsrechts der Mitglieder und der freien Wahl der Parteileitungen beruhen. Die baldige Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung ist eine dringende nationale Notwendigkeit und setzt die Aktions-einheit voraus. Durch sachliche Aussprache, so wie sie auf der Sechziger-Konferenz gepflogen wurde, sollen alle noch existierenden Streitfragen in den beiden Organisationen im Geiste gegenseitiger Achtung und beiderseitigen Entgegenkommens geklärt werden. Die Organisationsleitungen werden Anweisungen an die Organisationen über die weitere Zusammenarbeit der Genossen in beiden Parteien geben. Die Genossen der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei werden sich über die Besetzung der politischen Positionen innerhalb der Verwaltung auf der Grundlage der Gleichberechtigung kameradschaftlich verständigen. Auf die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten verzichten sie, aber die Aufstellung gemeinsamer Wahlprogramme wird die Garantie bilden, daß Wahlkämpfe nicht zu einem Kampf zwischen SPD und KPD werden, sondern als gemeinsamer Kampf der beiden Arbeiterparteien für eine Arbeitermehrheit geführt werden. Der Weg zur Einheitspartei führt über den weiteren Ausbau und die Vertiefung der Aktionseinheit. Das ist der Sinn jener Entschließung, die als Willensausdruck der Sechziger-Konferenz zwischen den beiden zentralen Körperschaften der Parteien und den Vertretern der Bezirke beschlossen wurde.

Wir stehen vor einer neuen Epoche der deutschen Arbeiterbewegung. Der 21. Dezember 1945 wird einmal in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung als der Tag eingehen, an dem sechzig Vertreter der beiden Arbeiterparteien in kameradschaftlicher Einmütigkeit und voller Einstimmigkeit den Grundstein zum Aufbau der einheitlichen deutschen Arbeiterpartei legten. Der Grundstein ist gelegt, der Bau muß vollendet werden. Vorwärts, ans Werk!

Gegen Reaktion und Militaristen vereinte Sozialisten

Begrüßungsrede auf der Parteikonferenz der KPD in Berlin

2. März 1946

Im Auftrage des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei überbringe ich euch die brüderlichen Grüße zu eurer Konferenz und wünsche, daß eure Veranstaltung dazu beitragen möge, daß wir den Weg zu unserer Verschmelzung bald erfolgreich beenden können.

Ich darf bei dieser Gelegenheit einige Worte über die Schwierigkeiten sprechen, mit denen wir uns gestern hier in Berlin auseinanderzusetzen hatten. Ich selbst überschätze die Vorgänge in keiner Weise. Ich bin mir dessen bewußt, daß die gestrige Funktionärversammlung in Berlin keineswegs die eindeutige Haltung der Berliner Sozialdemokraten darstellt. Ich bin mir insbesondere vollkommen klar darüber, daß die Entscheidung über unsere Verschmelzung nicht dem geringsten Zweifel unterliegen kann.

Was sich hier in Berlin abgespielt hat, ist im Grunde genommen gar nicht einmal in erster Linie die Gegensätzlichkeit zwischen den Sozialdemokraten, als vielmehr die Auswirkung der Tatsache, daß Berlin ein in vier Zonen zertrenntes Gebiet darstellt. Die ganze Situation in Berlin wäre anders, wenn Berlin nicht diese Zerrissenheit aufweisen würde.

Die Verhältnisse in der Sozialdemokratischen Partei sind keineswegs so, wie sie hingestellt werden. Die Mitgliedschaft sieht in der Vereinigung durchaus kein Hindernis in der politischen Entwicklung. Wenn ich zum Beispiel das Wachstum unserer Mitgliederzahl ansehe, dann spricht diese Entwicklung eine beachtliche Sprache. In der Zeit vom 15. Januar – das ist der Tag, an

dem der Zentralaussschuß noch einmal den Beschluß faßte, daß die Vereinigung über ganz Deutschland vollzogen werden müsse – bis zum 30. Januar erhöhten wir unsere Mitgliederzahl um 14000, das heißt, an jedem Tag nahm die Partei 1000 neue Mitglieder auf, und zwar, Genossen, nicht *trotz* der Auseinandersetzungen über die Vereinigung, sondern *weil* diese Auseinandersetzungen gewesen sind.

So entwickelte sich die Frage der Vereinigung über die Köpfe derjenigen hinweg, die ihre ganze geistige Befruchtung aus der Zeit von vor 1933 ziehen. Es ist unmöglich, an die Frage der Verschmelzung der Arbeiterparteien so heranzugehen, wie es verschiedene versuchen, die insbesondere als erstes „schlagendes Argument“ immer wieder in den Vordergrund stellen, die Sozialdemokratie könne sich mit der Kommunistischen Partei nicht verschmelzen, weil der Kommunistischen Partei keine Glaubwürdigkeit zugemessen werden könne (!).

Ich habe in der gestrigen Versammlung der Berliner Funktionäre darauf hingewiesen, wie unheilvoll in der Politik eine solche Einstellung überhaupt sein kann. Man möge doch einmal bedenken, was wir sagen würden, wenn die Völker, die wirklich genügend Veranlassung dazu hätten, sich auf den Standpunkt stellen würden, daß man dem deutschen Volk keine politische Glaubwürdigkeit zumessen dürfe. Mit einer solchen Einstellung wäre von vornherein jede Möglichkeit ausgeschaltet, das deutsche Volk wieder in die Gemeinschaft der anderen Völker zurückzuführen.

Genauso ist es mit der innerpolitischen Situation, in der wir in Deutschland heute stehen. Wer soll uns denn den Schutt wegräumen, wer soll denn dieses Deutschland wiederaufbauen, wenn wir es nicht gemeinsam und mit gegenseitigem Vertrauen und mit Kameradschaft tun?

Und wenn von der westlichen Seite zu uns die Worte herüberschallen, wir seien schlechtere Demokraten, und dort drüben sei die Demokratie wirklich unangetastet und in voller Reinheit entwickelt, dann hat gerade Dr. Schumacher dafür in seiner Kon-

ferenz, die er vor zwei Tagen in Frankfurt abgehalten hat, ein Zeugnis abgelegt, das wie reiner Hohn klingt. Er hat nämlich die Konferenz beschließen lassen, daß alle Sozialdemokraten, die unserer Einladung zur Teilnahme an unserem Parteitag in Berlin folgen wollen, damit aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen sind. Ich finde, daß dieses Verhalten Dr. Schumachers im Westen ihm eigentlich jedes Recht genommen hat, über die Frage der Demokratie in Deutschland vor den Arbeitern zu reden.

Die Dinge liegen doch für uns ganz klar. Wir wollen einfach nicht mehr das erleben, was wir 1933 bis 1945 durchgemacht haben. Wir wollen nicht wieder gemeinsam auf die Schafotte steigen und in die Zuchthäuser gehen. Wir wollen gemeinsam, miteinander arbeiten.

Es hat auch in der gestrigen Funktionärversammlung merkwürdig berührt, aus dem Munde eines sozialdemokratischen Genossen zu hören, es bestehe in Deutschland gar keine Gefahr der Reaktion; es sei eine Besatzung vorhanden, und es könne sich gar keine Reaktion in Deutschland mehr entwickeln. Ich habe auf der gestrigen Tagung gegen den „Tagesspiegel“ polemisiert, und ich habe die Fragen der Reaktion zusammengefaßt, indem ich sagte: Ist es eurer Aufmerksamkeit entgangen, daß große Teile der Reaktion aus der östlichen Zone geflüchtet sind? Ist es nicht bekannt, daß Studentenkrawalle an den Universitäten unter Führung ehemaliger faschistischer Offiziere stattfinden? Ist es nicht bekannt, daß sich an den Universitäten Studenten und ehemalige nazistische Offiziere mit dem Gruß „88“, was soviel wie „Heil Hitler“ heißt, begrüßen? Ist es nicht bekannt, daß sich bereits im Westen eine geheime Organisation unter dem Namen „Edelweiß“ aufgetan hat? Ist es nicht bekannt, daß sich in Bayern bereits eine royalistische Partei gebildet hat? Ist es nicht bekannt, daß sich in Hamburg eine christlich-soziale Aufbaupartei um die Zulassung bemüht, an deren Spitze der berühmte antisemitische Hetzer Reinhold Wulle steht, und deren Programm die Wiedereinführung der Monarchie ist? Ist es nicht bekannt, daß in Schwerin bereits gegen euer Parteibüro ein hinterhältiger Über-

fall stattfand, bei dem einer eurer Genossen das Opfer wurde? Ist es noch nicht bekannt – und das wird wahrscheinlich noch nicht bekannt sein –, daß auch in der sowjetischen Zone erst vor ganz kurzem in einer mittleren Stadt eine wohlorganisierte nazistische Bande mit Waffen, illegalen Schriften und allen möglichen anderen Dingen, eine Bande von 26 Köpfen, ausgehoben wurde, genauso wie in drei anderen Städten?

Wir überschätzen die reaktionären Erscheinungen von heute keineswegs. Aber gebranntes Kind scheut das Feuer. Wir denken schon heute daran, was aus diesen Dingen einmal in 10 Jahren werden kann. In den vormärzlichen Zeiten vor 1848 hieß es einmal: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten! Heute heißt es: Gegen Reaktion und Militaristen helfen nur vereinte Sozialisten!

Wir sind keine bürgerlichen Demokraten, deren Denken sich in der formal-demokratischen Staatsform erschöpft, sondern uns sind die wirtschaftlichen Einrichtungen und ihre Bewegungsgesetze wichtiger. Die Entwicklung der Staatsform ist zweifellos für uns etwas Wichtiges, aber sie ist nicht das Primäre, sonst wären wir keine Sozialisten. Wir sind nicht bereit, wieder in einem demokratischen Tempel zu beten, in dem man mit einem Leutnant und 3 Mann die Träger des demokratischen Rechts und der demokratischen Gewalt von ihrem Stuhl hinabstoßen konnte. Und wenn wir darum in unseren „Grundsätzen und Zielen“ sagen, daß wir gegen jeden, der seine Hand gegen unseren Staat erheben will, mit den Mitteln der Gewalt zurückschlagen, dann ist das nichts weiter als unser einfaches Lebensrecht.

Uns hilft für den Aufbau der Demokratie keine neue Vergoldung, sondern uns geht es um ein vollkommen neues Fundament und eine entschlossene, kampfbereite Kämpferschar, die von der Notwendigkeit überzeugt ist, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten für ihr Werk einzustehen.

Und wenn uns aus dem Westen die Worte entgegenklingen, die Sozialdemokratie sei in diesem Verschmelzungsprozeß nichts weiter als der Blutspender für die Kommunistische Partei, so können wir darüber nur lächeln. Blutspender für die Kommunistische

Partei sind wir so wenig, wie ihr Blutspender für die Sozialdemokratische Partei seid. Wenn wir Blutspender sind, Genossinnen und Genossen, dann sind wir das so gut wie ihr; dann sind wir es aber nicht für eine unserer Parteien, sondern dann sind wir es für die gemeinsame Sache der deutschen Arbeiterklasse, und dafür wollen wir gern Blutspender sein, jeden Tag und jede einzelne Stunde.

Der Druck der Uneinigkeit ist von uns gewichen

Rede auf dem Bezirksparteitag der KPD und SPD von Groß-Berlin

15. April 1946

Ich bin nicht vermessen genug, anzunehmen, daß dieser Jubel, diese Herzlichkeit und innere Verbundenheit, etwa mir gelten könnte. Er gilt unserer großen Sache und der Tatsache, daß wir nach Wochen heftigsten Kampfes die Entwicklung der Berliner Arbeiterschaft wieder auf den Punkt gebracht haben, der ihr nach ihrer Vergangenheit gebührt.

Es war ein trauriges Schauspiel für die Welt, daß ein Teil der deutschen Arbeiterklasse im Ringen um ihre Freiheit, um ihre einheitliche Organisation Formen und Tendenzen offenbarte, die ihrer nie und in keinem Augenblick würdig gewesen sind. Der Streit ist nun vorbei, die Stimme der Sozialisten hat gestern gesprochen. Wenn es noch irgendwo die Meinung gab, daß sich die Vereinigung in Berlin unter einem unerlaubten Druck vollzogen habe, so wurde gestern darauf die richtige Antwort gegeben. Stimmzettel bei Urabstimmungen, Stimmungen in Versammlungen lassen sich vielleicht noch befehlen, aber jubelnde Begeisterung und innerste Anteilnahme so, wie sie gestern bei unserem einstimmigen Beschluß zum Ausdruck kamen, Tränen in den Augen alter sozialistischer Kämpfer, Begeisterung und unendlicher Jubel haben nichts mit Druck zu tun. Das kommt aus tiefstem Herzen. Wenn wir von Druck sprechen wollen, so können wir nur sagen: Druck empfanden wir so lange, wie wir unter der Spaltung zu leiden hatten! Dieser Druck ist nun endgültig von uns gewichen. Frei und freudig wird die Arbeit der geeinten Berliner Arbeiterbewegung von heute ab ihren Ausgangspunkt nehmen. Frei und



freudig werden sich alle Genossen in die große, gewaltige Aufbauarbeit der Organisation in Berlin einreihen. Es besteht noch eine Verpflichtung von der gemeinsamen Funktionärversammlung her, die in diesem Saale getagt hat, nämlich *bis zum 1. Mai 50000 neue Anhänger für die Sozialistische Einheitspartei zu werben*. Diese Verpflichtung wird eingelöst werden und die beste Antwort an die Welt auf die Zweifel an der Berliner Arbeiterschaft sein.

Wir wissen aber auch, daß wir nunmehr der Welt und auch den Besatzungsmächten zeigen werden, über welche politische Reife auch die Berliner Arbeiterschaft verfügt.

Wir wissen, daß an der Spitze all der Maßnahmen, die zur Gesundung führen sollen, immer noch die Ausrottung des Faschismus und die Beseitigung jener reaktionären Kräfte steht, die längst noch nicht tot sind. Wir wissen, daß es in Deutschland heißen muß: Der Faschismus muß sterben, damit Deutschland leben kann.

Wir haben es von beiden Seiten bitter ernst gemeint, wenn wir in den „Grundsätzen und Zielen“ der neuen Partei niedergelegt haben: Die Sozialistische Einheitspartei ist eine deutsche Partei; sie kämpft in ihrem Lande für ihre Interessen, für den Frieden der Welt und für den Wiederaufbau Deutschlands. Dieses Kernstück unserer grundsätzlichen Ausrichtung wird die Grundlage unserer Arbeit sein und nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die alliierten Mächte von der Aufrichtigkeit unseres Aufbauwillens überzeugen.

Wir wissen, was die Entwicklung in Berlin bedeutet. Sie hat ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Arbeiterklasse in ganz Deutschland. Die Entwicklung, die von Berlin als Hauptstadt ausgeht, wird sich auch über die Grenzen der westlichen und südlichen Zonen Deutschlands hinweg ausbreiten trotz aller Hindernisse, die man ihr entgegenstellen will. Einheit ist ein Begriff, der nicht nur bei uns zu Hause ist, sondern den auch die Arbeiterklasse des Westens und Südens zutiefst in ihrem Herzen trägt. Wenn Wilhelm Pieck hier davon sprach, daß der Sozialismus eine Aufgabe der Zukunft ist und das in Verbindung mit der

Frage der Einheit brachte, so stimme ich ihm in der Beurteilung dieser Frage aus vollstem Herzen zu. Aber eins möchte ich noch hinzusetzen: Sozialismus ohne Einheit der Arbeiterbewegung ist in Deutschland nicht möglich! Aber Einheit ohne Sozialismus hätte auch ihren Sinn und Zweck verloren. Wir dürfen es nie vergessen, daß unsere Organisation ein Kampfinstrument ist. Die Schärfe dieses Instrumentes liegt nicht in Versammlungsbeschlüssen, sondern im Herzen jedes einzelnen unserer Anhänger. Darin liegt die Verpflichtung, die wir aus diesem Vereinigungsparteitag mitnehmen.

Und da beginnt unsere neue Arbeit. Eure neue Arbeit! Jeder einzelne muß daran mitarbeiten, daß die letzten Reste von Unverständnis ausgetilgt werden, daß jedes Mißtrauen aus der Vergangenheit überwunden wird. Jeder einzelne muß wissen, daß er eine große politische Verantwortung für das lebensvolle Gestalten der neuen großen Partei in sich trägt.

Das Gelingen unseres Werkes ist entscheidend für die Entwicklung Deutschlands und das Wachsen unseres politischen Einflusses in diesem Deutschland. Wir wissen, daß wir die äußere Form mit einem neuen Inhalt füllen und unser Haus wohnlich gestalten müssen, und deshalb wünsche ich von Herzen, daß von diesem Zusammenschluß in Berlin der Strom der Zusammenarbeit ausgehen möge, den wir brauchen, um zu wirklichen praktischen Erfolgen zu gelangen. Denn bald ist die Zeit der Unterhaltungen und Diskussionen über die Einheit vorbei. „Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen!“ wünscht das Volk, und diese Taten werden jetzt folgen müssen. Aufbauarbeit im kleinsten und im tiefsten Sinne, angefangen bei dem Stein auf der Straße, bei der Behebung der Sorge, die jeden einzelnen unserer Volksangehörigen bedrückt, bei den Ernährungsfragen, bei den Wohnungsfragen und all den großen Aufgaben, die vor uns stehen! An diese Aufgaben werden wir herangehen und in Deutschland die Initiative entfalten, die wir für die fruchtbare und erfolgreiche Wiederaufbauarbeit brauchen. Das ist Arbeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes.

Darum ist für uns auch in der Frage der Vereinigung die Elbe keine Grenze. Wir wollen und wir werden den Gedanken der Einheitsorganisation der Arbeiter in die anderen Gebiete Deutschlands hinübertragen, und ich bin unerschütterlich von dem Glauben erfüllt, daß diese riesengroße Volksbewegung über jeden Widerstand, möge er nun aus Hannover oder sonst woher kommen, wie eine große Walze hinweggehen wird.

Am 1. Mai werden sich unsere roten Banner im gemeinsamen Zuge zum ersten Male entfalten. Sie werden Millionen und Millionen von deutschen Arbeitern voranflattern, und aus unserem Munde wird im Bewußtsein unserer eigenen Kraft unser Lied erklingen:

„Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“

Die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Ansprache für den Moskauer Rundfunk

30. Mai 1946

Nach der Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei auf dem Oster-Parteitag in Berlin dieses Jahres wandte sich die neugegründete Sozialistische Einheitspartei Deutschlands durch ein Manifest an das deutsche Volk und besonders an die deutsche Arbeiterklasse.

Aus den großen Problemen, die der Lösung durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands harren, heben sich für die nächste Zukunft zwei wichtige Fragen heraus: die Frage des Volksentscheides im Lande Sachsen und die Durchführung der Gemeindewahlen, die voraussichtlich im September dieses Jahres stattfinden werden.

Die sowjetischen Besatzungsbehörden in Deutschland haben die von ihnen in großer Zahl beschlagnahmten und enteigneten Betriebe von Kriegsverbrechern und aktiven Kämpfern der faschistischen Kriegspolitik nicht für sich in Anspruch genommen, sondern sie dem deutschen Volke zur Verfügung gestellt. Das Volk hat nun zu entscheiden, was mit diesen Betrieben geschehen soll.

Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben sich die antifaschistischen demokratischen Parteien zu einer gemeinsamen Aktion zusammengefunden und die sächsische Landesverwaltung ersucht, einen Volksentscheid für den 30. Juni 1946 festzusetzen. Die Arbeiterschaft hat die Entscheidung der Sowjetischen Militäradministration als einen Akt besonderer Hochherzigkeit begrüßt und wird mit schwungvoller Initiative, zur Sicherung der friedlichen Arbeit des Volkes und des demokratischen Auf-

baus, darangehen, die Überführung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher in die Hände des Volkes vorzubereiten.

Bei der Abstimmung wird es die Aufgabe des Volkes selbst sein, dafür zu sorgen, daß diese Betriebe in den Dienst der Befriedigung der Lebensbedürfnisse des Volkes gestellt werden.

Der Volksentscheid ist das Bekenntnis für die Sicherung des Friedens; der Volksentscheid ist ein Schritt vorwärts im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus.

Die umstrittenen Betriebe müssen in die Hände des Volkes übergehen, weil die früheren Besitzer dieser Betriebe als Kriegsverbrecher durch zwei Weltkriege Deutschland in Not und Elend gestürzt haben. Diese Verbrecher dürfen ihre Reichtümer nicht behalten, nachdem sie unzählige Bombengeschädigte, Kriegsgefangene, Millionen Heimatlose, Frauen und Kinder in unsägliches Elend gestürzt haben. Ein Teil der Betriebe, insbesondere Kleinbetriebe, die keine Gefahr für den Frieden darstellen, sollen zum Verkauf an Handwerk und Gewerbe kommen. Der Erlös aus diesen verkauften Betrieben soll Verwendung finden zur Betreuung und Unterstützung von Bombengeschädigten, Heimkehrern, Umsiedlern, Witwen und Waisen. Dem Volk ist somit Gelegenheit gegeben, einen Teil seines Geschicks in seine eigenen Hände zu nehmen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands führt diese Aktion, weil sie weiß, daß sie durch diesen Schritt dem Frieden dient und eine bessere, schönere Zukunft für die deutsche Arbeiterschaft vorbereitet.

Die vermutlich im September 1946 stattfindenden Gemeindevahlen geben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erstmalig die Möglichkeit, in einem Wahlgang ihre Kräfte zu entfalten.

In allen Dörfern und Städten werden die Bürgermeister zunächst vor das Volk treten und über die bisher geleistete Aufbauarbeit in den kommunalen Selbstverwaltungen berichten. Die Arbeit war oft schwer und schien hoffnungslos. In den meisten Verwaltungen hatte der Krieg mit seinen Auswirkungen alles vernichtet; wo das nicht der Fall war, hatten die Nazibanditen

noch in den letzten Tagen der Kriegshandlungen durch Vernichtung aller Akten und Büros die Verwaltung vollkommen arbeitsunfähig gemacht.

Überall, wo sich das Volk wieder mühsam aus den Trümmern der Städte, aus Schutt und Asche Schritt für Schritt emporarbeitete, war es der Initiative der Besatzungsmacht, der restlosen Hingabe der Antifaschisten unter Führung der Arbeiterschaft zu verdanken. Über diese mühselige Aufbauarbeit eines Jahres wird das Volk bei den Wahlen urteilen, und gleichzeitig soll es bestimmen, wer die zukünftige kommunale Wiederaufbauarbeit leisten soll und wie sie zu leisten ist. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands vertraut dabei auf die Überzeugungskraft der sozialistischen Idee.

Sie wird sich in diesem Wahlkampf besonders auch den Nöten und Forderungen der arbeitenden Frauen und der Jugend zuwenden. Durch den Krieg hat sich die Bevölkerungszusammensetzung in Deutschland verschoben, so daß auf einhundert Männer gegenwärtig ungefähr einhundertsiebzig Frauen gezählt werden. Daraus ergibt sich die überragende Bedeutung der Frauen für den Ausgang der Wahl.

Mit praktischer Initiative, mit konkreten Aktionen und mit einem wohldurchdachten Wahlprogramm werden wir uns an die Wähler wenden, um ihr Vertrauen zu erringen. Das täglich steigende Vertrauen der Arbeiter, des ganzen Volkes zu unserer Partei, die Stärke unserer Organisation und das wachsende Bündnis zwischen Arbeitern und werktätigen Bauern werden die Voraussetzungen schaffen zu einem siegreichen Ausgang dieses Wahlkampfes.

Ruf an die Jugend

Rede auf dem I. Parlament der FDJ

8. Juni 1946

Liebe Freunde!

„Das Land ruft seiner Jugend zu:
,Komm, nimm mich hin,
damit ich wieder Heimatland des freien Volkes bin!“

Für einen großen Teil dieses freien Volkes: für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und für meinen Freund Wilhelm Pieck grüße ich euch.

Ich grüße euch, weil ich weiß, welche großen und schweren Probleme vor der deutschen Jugend stehen. Unsere Jugend ist heute in einer weitaus schwierigeren Lage, als wir es 1918 waren. Die Jugend von heute sieht, wie alle ihre alten Ideale zerbrochen in den Staub gesunken sind. Sie sieht, wie alle Menschen, auf die man sie einexerziert hatte, an die sie glaubte und die sie verehrte, in Niederträchtigkeit gesunken sind und schmähslich, kläglich und kleinlich auf der Anklagebank in Nürnberg vor den Augen der ganzen Welt und vor den Augen der Jugend sitzen.

Wo sollen bei dieser Jugend nach solchen Erlebnissen neue Ideale herkommen? Eine Welt ist in Flammen aufgegangen, ist im Regen der Bomben, unter dem Donner von Kanonen vernichtet. Die andere Welt steht noch vor euch. Ihr müßt sie erst selbst schaffen, selbst gestalten und ihr selbst erst einen richtigen Inhalt geben. Ihr müßt vor allen Dingen lernen, daß es für Deutschland und das deutsche Volk nicht nur eine Geschichte der Könige, Kaiser und Kriege gegeben hat, sondern daß es auch eine Geschichte des Volkes und eine Geschichte des Friedens gibt, aus

der ihr zu lernen habt, aus der ihr große Erkenntnisse zu sammeln habt, die euch in den Stand setzen, jene Kräfte zu entwickeln, die der Jugend wieder ein neues Ideal zu schenken vermögen. Ein neues Ideal einer neuen Zeit, ein Ideal, das so viel Kraft entwickelt, daß ihr alle für die schweren Aufgaben eures täglichen Lebens gewappnet seid und daß ihr die Kraft habt, so vorwärts zu stürmen, wie es die Jugend nun einmal tun muß. Ihr müßt vor allen Dingen wissen, daß nicht der Lärm der Fanfaren und Trommeln, der nur hohl in den Ohren klingt, der Jugend eine Zukunft zu vermitteln vermag, sondern ihr müßt wissen, daß ihr die Jugend zu leiten habt in jene Besinnung, in der große Gedanken und echte Menschlichkeit und wahre Werte wachsen können. Ihr müßt dafür sorgen, daß die deutsche Jugend sich wieder umgibt mit den guten Geistern unseres Volkes. Ihr müßt wissen, daß auch dieses heute so geschmähte und verachtete, dieses so geschändete Deutschland über Werte verfügt, um die es sich lohnt zu arbeiten – an sich selbst und an den Aufgaben für die gemeinsame Zukunft. Ihr müßt wissen, daß zu uns gehört die Welt eines Beethoven und Mozart, daß zu uns gehört die Welt eines Goethe und eines Hölderlin, eines Dürer, eines Kant, eines Haeckel, eines Diesel, eines Robert Koch, eines Marx und Engels – all jener großen Geister echter, wahrer und tiefer Menschlichkeit, die uns wieder befruchten müssen, damit wir aus jener furchtbaren Niederung und geistigen Verödung herauskommen, in die Hitler und seine Trabanten Deutschland und insbesondere die deutsche Jugend gestürzt haben.

Die Jugend soll ihr Herz neuen Zielen zuwenden. Sie soll insbesondere mit jenem Hochmut brechen, an den auch der Oberst Tulpanow dachte, als er sagte, daß jenes Wort „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“ eines der hochmütigen deutschen Worte sei, die uns in ihrer Gesinnung letzten Endes in den furchtbarsten aller Kriege, den die Menschheit überhaupt jemals gesehen hat, hineingeschleudert haben. Ihr müßt bedenken, daß wir eine ernste, stille und unverdrossene Arbeit in tiefer Liebe zu den Menschen und zum menschlichen Leben zu erfüllen haben.

Wir, die ältere Generation – obwohl ich mich gar nicht dazu rechnen mag – wissen genau, daß unser Leben seinen Inhalt nur noch dadurch bekommt, daß wir unsere ganze Arbeitskraft dem Aufbau widmen. Wir Älteren sind nicht mehr auf der Welt, weil sie gut und schön ist – sondern damit sie einmal wieder besser werde, darum sind wir noch da. Wir leben, um zu arbeiten. Ihr aber sollt arbeiten, um zu leben!

Ihr sollt dem Leben wieder einen Sinn und einen Wert geben. Und ihr sollt noch etwas anderes tun: Ihr sollt die Welt einmal davon überzeugen, daß jener kriegerische, militaristische Sinn im deutschen Volk erstorben ist und daß an die Stelle dieses Untertanen- und Gamaschenknopfgeistes Wille und Fähigkeit getreten sind, ein freier und würdiger Staatsbürger zu sein, ein Mensch, der ein Anrecht darauf hat, in der Welt wieder gleichgeachtet und anerkannt zu sein.

Die Erziehung des ganzen Volkes zu friedlichem und demokratischem Denken und Handeln ist eines jener politischen Zentralprobleme, von denen aus die gesamte Entwicklung Deutschlands ihren Weg nehmen wird. Darum richten wir als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands unseren Ruf auch besonders an die Jugend Deutschlands. Wir lehnen es ab, die Jugend für irgend etwas verantwortlich zu machen, was sie nicht verantworten kann. Wir lehnen es ab, sie verantwortlich zu machen für Gedanken und Handlungen, die sie nicht veranlaßt hat. Wir lehnen auch jene hochtönende, in den westlichen Gebieten jetzt vertretene Parole ab, man müßte eine politische Amnestie für die deutsche Jugend erlassen. *Wir brauchen für euch keine Amnestie; denn wir haben euch nicht einen Tag und nicht eine Stunde verurteilt, und wir denken nicht daran, das zu tun.*

Wir lehnen es hier auch ab, jene Verbrechen der deutschen Jugend aufs Konto zu schreiben, die zwar in ihrem Namen, aber ohne ihr eigenes Zutun in der Welt verübt worden sind.

Wir haben für die verworrene Lage unserer gegenwärtigen deutschen Jugend volles Verständnis. Furchtbare Verbrechen sind an dieser Jugend und an den Unmündigen im „dritten Reich“

begangen worden. Vor dieser Jugend im „dritten Reich“ waren Götzenbilder errichtet, deren Anbetung die jungen Menschen unvermeidlich vergiften mußte. Während die Kinder anderer Völker lernten, mußten die deutschen Kinder demonstrieren, marschieren, exerzieren und letzten Endes noch für die Gestapo denunzieren.

Bei dem Zusammenbruch 1945 sind die falschen Götzenbilder umgeworfen worden und zertrümmert in den Staub gesunken. Die Jugend hat in einer furchtbaren inneren Erschütterung – das wissen wir – den Glauben an vieles, besonders an die ältere Generation, verloren, in dem Alter, in dem sich unter normalen Umständen ein rechter Lebensglaube eigentlich erst bei der Jugend entwickeln mußte. Wir wollen dieser Jugend helfen, wollen ihr beistehen, wollen ihren Blick vorwärts auf ein neues Ideal richten. Wenn ihr bisher als das höchste und schönste Ideal der Tod auf dem Schlachtfeld gezeigt wurde, so wollen wir dieser Jugend im Namen einer friedlichen Zukunft und im Namen der Menschlichkeit zeigen, daß es besser ist, für sein Vaterland und für sein Volk zu arbeiten als zu sterben.

Von dieser Grundeinstellung ausgehend wollen wir die Schule und Erziehung in Deutschland von Grund auf umgestalten. Wir wollen aber auch, daß den erwachsenen deutschen Menschen klar wird, daß der deutsche Untertan – daß der Kadavergehorsam des Exerzierplatzes das traurige Ergebnis und die fatale Hinterlassenschaft des preußisch-militaristischen Despotismus sind, die Deutschland schließlich in der Entwicklungsperiode des Imperialismus von einem Krieg in den anderen taumeln ließen. Wir müssen dem hitlerischen Herrenmenschen die Maske vom Gesicht reißen, den militaristisch und nazistisch verseuchten Menschen aber die Schminke vom Gesicht waschen, daß wieder das einfache Gesicht menschlicher Anständigkeit zum Vorschein kommt.

Das deutsche Volk ist durch den Zusammenbruch 1945 mit einem Schläge auf eine völlig neue Grundlage gestellt. *Der Militarismus*, dem Preußen, das Bismarckreich und das Hitlerreich ihre Entstehung verdanken, *darf in Deutschland nie mehr die*

geringste Chance haben. Er muß von der deutschen Jugend radikal abgeschrieben werden.

Dasselbe ist für den deutschen Absolutismus zu sagen. Er hat die deutsche Volks- und Leistungskraft zum Verderben des Volkes eingesetzt. Dieses Prinzip hat sein Recht innerhalb Deutschlands ein für allemal verloren. Die obrigkeitliche Respektperson hat keinen Kredit mehr in Deutschland. Der militaristische und nazistische Offizier und die Bürokraten sind in Deutschland mit so schwerer geschichtlicher Schuld beladen, daß sie für immer – und das ist eine Aufgabe der Zukunft, die ihr zu lösen habt – von der deutschen Bildfläche zu verschwinden haben.

Der kommende deutsche Staat muß von der kleinsten Zelle aus in den Gemeinden und Provinzen unter den Gesichtspunkten des verantwortlichen freien Staatsbürgers aufgebaut werden. Aus dem Untertan, der den Befehl von oben erwartet und nur aus Gehorsam zu handeln vermag, muß endlich in Deutschland der freie selbstbewußte, sich selbst, seinem Volk und der Welt verantwortliche friedliebende Staatsbürger werden.

Die deutsche Jugend aber wird wachsam die Machenschaften der deutschen imperialistischen Reaktion beobachten müssen, damit diese Kriegsverbrecher ihre Augen nicht mehr begehrlieh in fremden Weltteilen umherschweifen lassen. Imperialistischer, weltpolitischer Ehrgeiz muß künftighin außerhalb der Grenzen des neuen deutschen Denkens liegen.

Wir wissen, daß das Werk der Sinnesumkehr, der geistigen und moralischen Umwandlung, das wir zu leisten haben, nicht leicht sein wird. Es muß aber verrichtet werden, und zwar muß es verrichtet werden mit nicht geringerer Anstrengung und nicht geringerer Intensität, als das Werk der hitlerischen Geistesverwirrung einmal in Deutschland verrichtet worden ist. Darin liegt die große Aufgabe, vor der die deutsche Jugend steht und die zuvor von euch als von denjenigen zu lösen ist, die dieser deutschen Jugend belehrend zur Seite stehen und ihr vorangehen wollen.

Neue Prinzipien müssen und werden in Deutschland wachsen, Prinzipien, denen die ganze Welt und denen die Völker dieser

Welt einmal vertrauen können. Neue Gesetze sollen in Deutschland entstehen, deren Charakter und deren Gesinnung die Gewähr für eine friedliche Zukunft bieten. Neue Menschen sollen in Deutschland werden, deren lautere, innere Gesinnung Gewähr dafür bietet, daß wir unsere Bruderhand ausstrecken und Beweis dafür erbringen, daß wahre Menschlichkeit und Humanität die Leitsterne des deutschen Handelns geworden sind.

Darum muß der deutschen Jugend auch auf allen Gebieten geholfen werden, und wenn auch ich ein Wort über die von euch aufgestellten Grundrechte der jungen Generation sagen darf, so ist es nur dies: Für uns ist es selbstverständlich, daß wir alle eure Forderungen auf eine verkürzte Arbeitszeit für Jugendliche, auf einen entsprechenden Erholungsurlaub, auf die Umstellung jener veralteten, kleinbürgerlichen und aus einer Welt des Profits und der Ausbeutung stammenden Lehrverträge anerkennen, daß wir sie in Ausbildungsverträge umwandeln werden, daß wir dafür sorgen werden, daß alle eure anderen Forderungen an allen Stellen, die für die Gestaltung dieser Probleme heute in Deutschland maßgeblich sind, einer ernsthaften Prüfung unterzogen werden. Wir versprechen euch, daß wir unsere ganze Kraft einsetzen werden und an den maßgeblichen Stellen für eine richtige und gerechte Beurteilung eurer Wünsche und Forderungen eintreten.

Wir möchten auch insbesondere wünschen, daß eure Forderung auf die staatsbürgerliche Betätigungsmöglichkeit der Jugend ihre volle Anerkennung finden wird. Vielleicht ist es zur Zeit noch nicht möglich, das Wahlrecht mit 18 Jahren einzuführen, aber wir wollen keinen Zweifel daran lassen, daß wir der Ansicht sind, daß die deutsche Jugend zur Abgabe des Stimmzettels und zur Gestaltung des deutschen Schicksals durchaus die politische Reife besitzt. Eine Jugend, die reif genug war, auf den Schlachtfeldern zu bluten, ist auch politisch reif genug, am Wiederaufbau des Landes mitzuwirken.

Ihr sollt immer wissen: wir stehen zu euch. Ihr sollt immer wissen, daß euer Schicksal unser Schicksal ist und daß es unsere vornehmste Aufgabe ist, der Jugend helfend zur Seite zu stehen.

Wir tun es auch darum, weil wir keine Spaltung zwischen Alter und Jugend brauchen können, wir tun es darum, weil es unsere prinzipielle Einstellung ist, daß der Aufbau dieses zerschlagenen Landes nur durchgeführt werden kann, wenn das Prinzip des einheitlichen Handelns an allen Stellen, ob in der Jugend oder in der alten Generation, durchgeführt wird.

Dieses Prinzip der Einheit war es auch, das die beiden Arbeiterparteien zueinander führte, zu jener großen, geschlossenen Partei, als deren Vertreter Wilhelm Pieck und ich hier unter euch weilen.

Wir haben in diesem Kampf um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse oft gegen viel Unverstand bei der älteren Generation kämpfen müssen. Wir haben oft manches ernste und harte Wort sprechen müssen. Wenn wir das taten, dann taten wir es nicht aus Freude am Streit mit unseren eigenen Klassengenossen, sondern dann taten wir es, weil die Notwendigkeit der Einheit uns über allem steht.

Das Ideal der Einheit muß auch die deutsche Jugend verbinden. Ich erinnere mich, wie ich im Jahre 1910 als organisierter Vertreter der Arbeiterjugend aus meinem Heimatort Braunschweig zum ersten Male nach Berlin geschickt wurde und dann als junger Lehrling mit auf den Bänken vor August Bebel saß. August Bebel schloß seine Vorträge, die er uns hielt, in der großen Sorge um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse. Er erzählte uns dabei schlicht und einfach ein eindringliches indisches Märchen, das ich nie in meinem Leben vergessen habe und das für mich stets eine Lebenserkenntnis geblieben ist, nach der ich gehandelt habe. Wenn ich auch oftmals viele Stimmen von Freunden und Feinden hören mußte, die mir etwas anderes in die Ohren flüstern wollten.

Dieses weise indisches Märchen lautet folgendermaßen: Es war ein alter armer Mann, der auf dem Totenbette lag. Er konnte seinen Söhnen – sieben hatte er – nichts anderes hinterlassen als eine Lebensweisheit, und so versammelte er diese sieben Söhne um sein Sterbelager. Dann ließ er sich einen Stab reichen, nahm ihn und zerbrach ihn. Darauf ließ er sich sieben Stäbe reichen und legte eine Schnur darum. Er gab sie dem ersten, damit dieser ver-

suchen sollte, sie zu zerbrechen. Er konnte es nicht. Der Vater gab sie dem zweiten, dem dritten, dem vierten, dem fünften, sechsten und siebenten Sohn. Keiner konnte die zusammengelegten Stäbe zerbrechen. Und ich sage euch, niemand wird diese zusammengelegten Stäbe – unsere festgefügte Einheit – zerbrechen können, wenn ihr die Grundgedanken menschlichen Handelns: Solidarität und Kampf für den Fortschritt als die Kompaßnadel eures Handelns wählen werdet.

Ein Fanal deutscher Schmach

*Zum 5. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion
am 22. Juni 1941*

Am 22. Juni 1941, morgens um drei Uhr fünf, wurde die gewaltige deutsche Kriegsmaschine auf Befehl Hitlers in Bewegung gesetzt, um in die Territorien der Sowjetunion einzufallen. Der verbrecherische Überfall stellte einen in der Geschichte der zivilisierten Völker beispiellosen Vertragsbruch dar. Obwohl zwischen der Sowjetunion und Deutschland in feierlicher Form ein Nichtangriffspakt abgeschlossen war und die Sowjetregierung sämtliche Bedingungen des Vertrages erfüllt hatte, wurde die Sowjetunion überfallen. Ohne irgendwelche Forderungen gegen die Sowjetunion zu erheben, ohne eine Kriegserklärung donnerten um drei Uhr fünf am 22. Juni 1941 Tausende deutscher Batterien ihren Eisenhagel über ein friedliches Land. Von polnischem, finnischem und russischem Boden erhoben sich die deutschen Flugzeuggeschwader, um die Städte Shitomir, Kiew, Sewastopol, Kaunas und andere ohne eine sowjetische Gegenwehr mit einem Regen von Spreng- und Brandbomben zu überschütten und Hunderte und Tausende von schlafenden, friedlichen Frauen und Kindern zu töten. Es war ein heimtückischer, bis in alle Einzelheiten vorbereiteter Überfall, der in der ganzen Weltgeschichte nicht seinesgleichen findet.

Das alles geschah im Namen des deutschen Volkes, das selbst von diesen furchtbaren Vorgängen erst erfuhr, als sie geschehen waren. Das ganze deutsche Volk ließ dieses furchtbare Verbrechen weitersgehen.

In tiefster Schmach, Erniedrigung und Beschämung stehen wir

heute vor der Welt und vor der Sowjetunion. Es gibt keinen Grund, der dieses größte und furchtbare Verbrechen Hitlers beschönigen oder erklären könnte. „Wir wollen uns gesundstoßen“, schrien Goebbels und seine Propagandamaschine. Und viele, leider gar zu viele, jubelten dem wahnsinnigen und blutigen Amoklauf Hitlers zu. Die Einverleibung der Ukraine, ja ganz Sowjetrußlands, mindestens bis zur Wolga, wenn nicht bis zum Ural, sollte die vorläufige Schlußapotheose der nazistischen Welt-eroberungspolitik werden. Die östliche Welt sollte, nach den krankhaften Raumtheorien Hitlers, unter die Gewalt eisenbeschlagener SS-Stiefel gebracht, erobert und zertreten werden. Und alles das war ein in Menschenhirnen wohl ausgeklügelter Plan, dessen geistige Urheberchaft um Jahrzehnte zurücklag.

Schon vor dem ersten Weltkriege sprach einer der geistigen Nährväter Hitlers aus dem alldeutschen Lager jenes furchtbare Wort: „Der Krieg darf dem Unterlegenen nichts lassen als die Augen zum Weinen über sein Unglück.“

Durch die planvoll gelenkte teuflische Propaganda der imperialistischen Machthaber war das deutsche Volk geistig und politisch so verwirrt und entnervt, daß es alles geschehen ließ. Auf diesem Boden wuchs jene spezifisch deutsche Überheblichkeit, die sich ausdrückt in den Worten: „Am deutschen Wesen soll dereinst die Welt genesen!“ oder durch jenes noch schlimmere Wort: „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt.“ Auf diesem Boden wuchs auch jene schmachvolle Rassen- und Herrenmenschentheorie, aber auch jener verhängnisvolle Antibolschewismus in Deutschland. Es gehörte in weiten deutschen Kreisen einfach zum guten Ton, feindselig auf die Sowjetunion zu schimpfen. Die wahren Gründe dieser geistigen Verwirrung lagen jedoch tiefer und waren letzten Endes ökonomisch verwurzelt.

Die kapitalistisch-bürgerliche Welt fühlte sich durch das Dasein der sozialistischen Sowjetunion bedroht. Gleich nach der proletarischen Revolution 1917 trug das deutsche Bürgertum seine durch Furcht genährte Abneigung gegen den sozialistischen Nach-

barn im Osten zur Schau. Der Antibolschewismus wurde schon lange vor 1933 die seelische, geistige und politische Grundhaltung weiter Kreise des deutschen Bürgertums. Auf den Wellen des Antibolschewismus wurde Hitler schließlich in die Höhe getragen. Über den großen Korruptionstopf, den die deutsche Schwerindustrie füllte, um alle antibolschewistischen Strömungen in Deutschland zu finanzieren, bis zu dem Siege Hitlers 1933 und bis zu dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 geht dieser Zug des Antibolschewismus.

Der Antibolschewismus in Deutschland ist bürgerlich-reaktionär. Auch jene zweifelhafte Pseudowissenschaft, die den „Beweis“ erbrachte, daß die „höhere germanische Rasse“ berufen sei, einen Krieg gegen die „niedere Rasse, besonders die Slawen“, organisieren zu müssen, trägt ihr gerütteltes Maß Schuld am 22. Juni 1941.

Wie fand sich die „östliche niedere Rasse“ mit diesen Theorien ab? Stalin sagte einmal, daß diese Theorie von der Wissenschaft soweit entfernt ist wie der Himmel von der Erde. Er sagte schon in seiner Rede am 26. Januar 1934, also weit vor dem Kriegsausbruch und dem Überfall auf die Sowjetunion:

„Was kann dabei herauskommen? Bekanntlich blickte das alte Rom auf die Vorfahren der heutigen Deutschen und Franzosen genauso, wie jetzt die Vertreter der ‚höheren Rasse‘ auf die slawischen Stämme blicken. Bekanntlich betrachtete das alte Rom sie als ‚niedere Rasse‘, als ‚Barbaren‘, die dazu bestimmt seien, für alle Ewigkeit der ‚höheren Rasse‘, dem ‚Großen Rom‘ unterworfen zu sein . . . Herausgekommen ist dabei, daß sich die Nicht Römer, d. h. alle ‚Barbaren‘, gegen den gemeinsamen Feind zusammenschlossen und Rom über den Haufen rannten . . . Wo ist die Garantie, daß die literaturbeflissenen faschistischen Politiker in Berlin mehr Glück haben werden als die alten kampfgeprobten Eroberer in Rom? Wäre es nicht richtiger, das Gegenteil anzunehmen?“¹

Das Gegenteil ist eingetreten, der Sturm der „niederen Rasse“ auf Rom – Berlin ist gewesen. Die „höhere Rasse“ ist geschlagen. Die von Hitler sooft zum Zeugen angerufene Weltgeschichte hat

¹ J. Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag“; „Fragen des Leninismus“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 524.

ihr Verdammnisurteil gesprochen. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Die geheimen feindseligen Stimmungen gegen die Sowjetunion, die sich auch heute schon wieder mancherorts regen, sind nichts anderes als Äußerungen jener alten antibolschewistischen Haltung, der wir den Hitlerismus zu verdanken hatten. Obwohl sich jener Antibolschewismus so grausam am deutschen Volke gerächt hat, sind gewisse Kreise des deutschen Volkes noch nicht davon geheilt. Der Antibolschewismus ist für Deutschland ein politischer Wahnwitz. Deutschlands Schicksal war entschieden, als Hitler den Befehl zu dem feigen und hinterhältigen Angriff auf die Sowjetunion gab. Diese Lehre sollte dem deutschen Volke für alle Zukunft genügen.

Wem an Deutschlands Schicksal liegt, der muß mit aller Kraft darauf bedacht sein, daß künftighin Deutschland alles aufbieten muß, um in unzerstörbarem Frieden und unverbrüchlicher Freundschaft mit dem sowjetischen Volke zu leben. Die Freundschaft, die wir mit den Völkern der mächtigen Sowjetunion suchen müssen, gründet sich auf die Erwägung, daß sie, ebenso wie die Freundschaft Deutschlands mit allen anderen Völkern, Deutschland zum Segen gereichen wird.

Freundschaft kann aber nicht einseitig gefordert werden, besonders nicht vom deutschen Volke. Deutschland muß der Welt nach allen nationalen und internationalen Verbrechen, die Hitler in seinem Namen beging, erst einmal wieder den Beweis erbringen, daß es der Freundschaft der anderen Völker würdig ist. Diese notwendigen Beweise können nur durch unsere Politik, die zu führen wir entschlossen sind, erbracht werden. Sie liegen erstens in der Erkenntnis, daß der Nazismus der Todfeind des deutschen Volkes ist, der Deutschland in die tiefste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt hat. Die Vernichtung und Ausrottung des faschistischen Geistes ist eine nationale Tat, der sich kein wahrer Deutscher entziehen kann und darf. Zweitens: Deutschland muß zuverlässige Garantien schaffen, die eine Wiederholung ähnlicher Verbrechen unter allen Umständen und für alle Zeiten

unmöglich machen. Drittens: Deutschland muß in Anerkennung seiner abscheulichen Kriegsschuld seine menschenmögliche Kraft zur Wiedergutmachung der von ihm angerichteten Schäden einsetzen.

Das ist die einzige Möglichkeit für das deutsche Volk, in die Gemeinschaft der friedliebenden Völker zurückzukehren. *Wenn Deutschland leben will, muß es mit den anderen Völkern leben. Isoliert – wird Deutschland sterben.* Daran mögen alle jene Deutschen denken, die heute hoffnungslos auf den Trümmern ihrer einstigen Habe sitzen, oder die alles verloren haben und denen nur noch die Augen gelassen sind, um über ihr Unglück zu weinen.

Unser Wahlprogramm ist das Programm eines um seine Zukunft und sein Leben ringenden Volkes

Referat auf der Funktionärkonferenz der SED, Groß-Berlin

25. Juni 1946

Wir sind der Sowjetischen Militärverwaltung für ihren Entschluß zur Durchführung der Gemeindewahlen dankbar. Damit ist in kurzer Zeit ein von der Partei bei der Sowjetischen Militäradministration geäußerter Wunsch zur Durchführung der Wahlen erfüllt.

Die Bedeutung der Gemeindewahl liegt darin, daß sie die erste demokratische Wahl des Volkes in der sowjetischen Besatzungszone ist. Nach 13 Jahren hat das Volk zum ersten Male Gelegenheit, in einer öffentlichen und geheimen Wahl zu der bisher geleisteten Aufbauarbeit und zu dem Programm der Parteien Stellung zu nehmen. Deshalb haben diese Wahlen eine viel größere Bedeutung, als Kommunalwahlen sie sonst besitzen.

Die Abstimmungen in der Hitlerzeit sind eine offene Komödie gewesen.

Jeder erinnert sich noch an die Unfreiheit und an den Terror, mit denen die sogenannten Volksbefragungen und Reichstagswahlen unter der Knute Hitlers durchgeführt wurden. Hinzu kommt, daß die Wahlergebnisse in offensichtlich lügenhafter Verzerrung gefälscht und jeweils so frisiert wurden, wie es die Goebbelssche Propagandamaschine gerade gebrauchte.

Wie sah es aus?

Am 22. Juni jährte sich zum fünften Male der Tag des verbrecherischen Überfalls Hitlers auf die Sowjetunion. Morgens um drei Uhr fünf wurde die gewaltige deutsche Kriegsmaschinerie

auf Befehl Hitlers in Bewegung gesetzt, um in die Territorien der Sowjetunion einzufallen. Der verbrecherische Überfall stellte einen in der Geschichte der zivilisierten Völker beispiellosen Vertragsbruch dar. Obwohl zwischen der Sowjetunion und Deutschland in feierlicher Form ein Nichtangriffspakt abgeschlossen war und die Sowjetregierung sämtliche Bedingungen des Vertrages erfüllt hatte, wurde die Sowjetunion überfallen.

Es war ein heimtückischer, bis in alle Einzelheiten vorbereiteter Überfall, der in der ganzen Weltgeschichte nicht seinesgleichen findet. Die östliche Welt sollte nach der verbrecherischen Lebensraumtheorie Hitlers unter die Gewalt eisenbeschlagener SS-Stiefel gebracht, erobert und zertreten werden.

Sieben Millionen tote Sowjetmensen klagen an, nahezu 2000 Städte und mehr als 70000 Dörfer der Sowjetunion wurden zerstört. Weit über 30000 sowjetische Industrieunternehmen wurden ausgeräubert und dem Erdboden gleichgemacht. Die Sowjetvölker schlugen zurück und vernichteten Hitlers Armeen. Hitler war verantwortungslos genug, den militärisch längst verlorenen Krieg bis zum bitteren Ende fortzusetzen.

Der totale Krieg wurde die totale Niederlage.

Das Neue im politischen Leben

Man hat gegen die Entwicklung des politischen Lebens oft den Vorwurf erhoben, daß es getragen werde von den alten Parteien und den alten Menschen, die in vielfacher Hinsicht mitschuldig am Aufkommen des Nationalsozialismus gewesen seien. Das ist so richtig, wie es auch falsch ist. Wo hätten in Deutschland mit dem Zusammenbruch des Hitlerreiches neue Parteien, neue Menschen und neue Ideen von einem zum anderen Tage herkommen können?

Hat die Entwicklung des politischen Lebens wirklich nichts Neues gebracht?

Ist der Entschluß der Parteien zu gemeinsamer Tätigkeit an

der riesengroßen Aufgabe des Neuaufbaus nicht wirklich eine neue Idee?

Nur kleine Geister und armselige Skeptiker wollen und können das nicht sehen.

Allein schon die Bildung der Aktionseinheit der Arbeiterschaft, die schließlich ihre organisatorische Vereinigung über alle Grenzen der Parteien hinweg gestaltete, ist eine entscheidend neue Tatsache!

Die Ausrottung und Beseitigung des Nazismus war und ist eine der ersten Aufgaben der deutschen Politik, um Deutschlands Namen wieder ehrlich zu machen und den Friedenswillen des deutschen Volkes in den Augen der Welt unter Beweis zu stellen. Nur eine völlige Abkehr vom Faschismus, Militarismus und Imperialismus kann Deutschlands politisches Ansehen wiederherstellen.

Diesen Weg sind die zugelassenen demokratischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone, zwar in vielen Einzelfragen voneinander abweichend, geschlossen und einmütig gegangen.

Wenn Dr. Schumacher in einer Versammlung im Poststadion in Berlin über die Zusammenarbeit der Parteien sagte, er komme sich wie in einer verspäteten Wilhelm-Tell-Aufführung vor: „Wir wollen sein ein einig Volk von Onkeln, weil sie sich als Brüder nicht erwiesen haben“, so wollen wir, die Onkel, diesem ungeratenen Neffen einmal sagen, daß er wirklich reichlich verspätet ist, denn er lebt noch mitten in den schönsten Jahren um 1932/1933.

So wie die nach der Vereinigung in Berlin übriggebliebenen Reste der SPD nur von ihrer Gegensätzlichkeit gegen uns leben, so ist die Schumacher-Rede nichts als Negierung.

*Was haben wir gegen Nazismus und Militarismus
bisher erreicht?*

Die Durchführung der Bodenreform zerschlug die gesellschaftliche Vormachtstellung des reaktionären preußischen Feudalismus als den Nährboden militaristischer Herrschsucht und Überheb-

lichkeit. Die Bodenreform gab Hunderttausenden von Umsiedlern wieder eine Heimat und schuf Voraussetzungen für die Sicherung unserer Ernährung. Wir haben die Ernährungskatastrophe in unserer Zone verhindert.

Durch die Ausschaltung von Kriegsverbrechern und aktiven Nazis aus dem Wirtschaftsleben, durch die Schaffung eines Betriebsrätegesetzes und nicht zuletzt durch die Übernahme der Betriebe von Kriegsverbrechern und Nazisten in die Hände der Allgemeinheit ist ein Stück Industriereform eingeleitet, die die Kriegsindustrie ausschaltet und dem Frieden dient.

In den Kreis dieser Maßnahmen gehört auch der Volksentscheid in Sachsen, der die Bestrafung aller Kriegsverbrecher und aktiven Nazis durch Übernahme ihrer Betriebe für die Allgemeinheit fordert.

Während wir arbeiten und schaffen, nörgeln und kritisieren der „Sozialdemokrat“, der „Telegraf“ und ähnliche Blätter an uns herum. Wir haben den Sozialdemokraten unsere Hand zur Zusammenarbeit entgegeng gehalten. Es ist an der Zeit, daß wir einmal den wenigen Leuten, die diese Zusammenarbeit verhindern wollen, deutlich sagen: „Wir haben unsere Hand nicht ausgestreckt, damit man uns täglich hineinspuckt.“

Wir wollen keine Almosenempfänger sein

Die wahre Befriedung der Welt und somit auch Deutschlands findet ihre Wurzeln in den wirtschaftlichen Daseinsbedingungen.

Deutschland darf nicht der Almosenempfänger der Welt bleiben, das deutsche Volk muß, und sei es auch noch so schwer, seine eigenen Kräfte mobilisieren, um langsam und stetig sich aus seiner tiefsten Erniedrigung, aus seinem größten wirtschaftlichen Niedergang, wieder Schritt um Schritt emporzuarbeiten.

Die staatsrechtliche Zerreißung Deutschlands gibt keine Friedenssicherung.

Die föderalistische Gliederung Deutschlands in einen Staatenbund mit Zollunion ist höchstens geeignet, die wirklichen Schwierigkeiten Deutschlands zu verewigen und die Ernährung des deutschen Volkes weiter zu gefährden. Eine politische Sicherung bedeutet sie durchaus nicht.

Die Zerrissenheit Deutschlands ist vielmehr eine der größten Gefahren für die Entwicklung eines neuen Chauvinismus. Soweit uns eine politische Entfaltungsmöglichkeit gegeben wird, sind wir jedenfalls entschlossen, unter gar keinen Umständen unsere politischen Waffen noch einmal aus dem Waffenarsenal der Föderalisten von 1918 bis 1933 zu entnehmen. Die Sicherung des Friedens, die Sicherung der Wiedergutmachung und den Neuaufbau Deutschlands kann niemand so wirksam durchführen wie die geeinte deutsche Arbeiterklasse.

Wir sind dabei keineswegs der Meinung, als wären wir allein auf der Welt oder lebten für uns in einem luftleeren Raum. Aber es gibt in Deutschland weder eine politische, wirtschaftliche noch gesellschaftliche Kraft, die der Arbeiterklasse und ihrer Verpflichtung in Deutschland heute gleichkommen könnte. Es kann der Arbeiterklasse in Deutschland kein gerechtdenkender Mensch verwehren, wenn sie die Verantwortung auf ihre Schultern zu nehmen bereit ist, um Tempo, Inhalt und Ziel dieser Entwicklung maßgeblich mitzubestimmen. Das schmälert keineswegs unseren ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Parteien.

Worum geht es jetzt?

Das Leben der Menschen vollzieht sich in der Gemeinschaft. Der einzelne kann für sich allein nicht leben. Er braucht täglich und stündlich für sein eigenes Leben Dinge, die sein Nebenmann

für ihn erarbeitet. Die Hand des einen muß in der Hand des andern liegen, wenn die komplizierte Maschinerie unserer Wirtschaft, unserer Verwaltung und unseres gesellschaftlichen Lebens reibungslos arbeiten soll. Der Städter braucht den Bauern wie der Bauer den Städter. Der Handwerker braucht die Industrie wie die Industrie den Handwerker. Eines greift ins andere und bedarf der privaten und staatlichen Organisation.

In der staatlichen Organisation ist die Gemeinde die kleinste Zelle. Ist sie blutlos und ihrer Funktion beraubt, so kann der Gesamtorganismus, der Staat, nicht leben.

Die Gemeinden sind der Grundstein des Staates.

Die demokratischen Wahlen zu den Gemeinden sind darum die demokratische Grundsteinlegung für den Neubau des Staates. So offenbart sich die Wichtigkeit der Gemeindewahlen. Aus der politischen Gesamtsituation von heute aber ergibt sich die weitaus größere Bedeutung der Gemeindewahlen, als sie ihnen früher jemals zukam.

Für das deutsche Volk wie für die Besatzungsmächte wird das Wahlergebnis ein politischer Gradmesser dafür sein, in welchem Ausmaß hinter der fortschrittlichen und konsequent durchgeführten Demokratisierung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens der Mehrheitswille des Volkes steht, und wieweit die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als die politische Hauptkraft des Neuaufbaus das Vertrauen der breiten Masse besitzt.

Wir haben bei den Kommunalwahlen in der amerikanischen Zone gesehen, wie das Nebeneinander der beiden Arbeiterparteien die politische Gesamtsituation der Arbeiterklasse schwächte und an vielen Stellen eine Arbeitermehrheit unmöglich machte. Die politischen Rückwirkungen des Wahlergebnisses in der sowjetischen Zone auf die Einheitsbestrebungen in den anderen Zonen sind offensichtlich.

Im Gegensatz zu der zahlenmäßigen Überlegenheit der Christlich-Demokratischen Union bei den Städtewahlen in Süddeutsch-

land über die noch getrennt kämpfenden Arbeiterparteien muß und wird der Sieg der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Ostzone den Massen die werbende und aufbauende Kraft des Einheitsgedankens beweisen und wirksamste Propaganda für die Einheitsbewegung in Deutschland werden.

Den Gegnern der Einheit und der durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands vertretenen Politik muß durch das demokratische Bekenntnis des Volkes zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Grundlage ihrer durchsichtigen Gegenpropaganda genommen werden. Die Gemeindewahlen sind eine Bewährungsprobe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Einheitsgedankens in Deutschland. Deshalb dürfen diese Wahlen nicht allein vom Standpunkt der Kommunalpolitik gesehen, sondern sie müssen unter voller Berücksichtigung der großen politischen Gesichtspunkte durchgeführt werden, die der Gesamtsituation in Deutschland entsprechen.

Wie wird gewählt?

Die von der Sowjetischen Militäradministration bekanntgegebenen Wahlbestimmungen zeigen, wie lächerlich jene politischen Phantasien von einem Einparteiensystem und von der Diktatur einer Partei sind, die in gar zu durchsichtiger Absicht unter das Volk gebracht wurden. Auch die höchst merkwürdige Argumentation Dr. Schumachers, wonach die Wahl nur demokratisch sei, wenn in der sowjetischen Besatzungszone die nicht mehr bestehende Sozialdemokratische Partei wieder zugelassen würde, ändert daran nichts. Es dürfte doch sicher auch nicht der Aufmerksamkeit Dr. Schumachers entgangen sein, daß die Sozialdemokratische Partei der östlichen Zone sich durch einstimmige Beschlüsse ihrer Mitglieder mit der Kommunistischen Partei vereinigt hat.

Genügt es nicht, daß Dr. Schumacher der Vereinigung der Arbeiterklasse im Westen hindernd im Wege steht? Will er nunmehr

auch noch zum aktiven Spalter der eben geschaffenen Einheit werden?

Die Antwort wird er von den Arbeitern der sowjetischen Besatzungszone erhalten. Die Durchsicht der Wahlbestimmungen läßt auf den ersten Blick erkennen, daß es sich um wirklich freie, gleiche und geheime Wahlen handelt, die nach dem Grundsatz des Verhältniswahlsystems durchgeführt werden. Im Vergleich zu Wahlgesetzen in den anderen Zonen sind die Bestimmungen über die Wahlberechtigung sogar so weitherzig, daß die früheren einfachen nationalsozialistischen Mitglieder als gleichberechtigte Staatsbürger an der Wahl teilnehmen können.

Daß die aktiven Nationalsozialisten und die Kriegsverbrecher von der Wahl ausgeschlossen sind, ist wohl so selbstverständlich, wie die Bestimmung, nach der ehemalige Nationalsozialisten für Gemeindeparlamente nicht gewählt werden können. Für die Totengräber Deutschlands ist in der Politik Deutschlands kein Platz. Soweit es sich jedoch um sogenannte nominelle Mitglieder, das sind die Nur-Beitragszahler und Mitläufer der Nazipartei, handelt, ist ihnen das uneingeschränkte Wahlrecht zugebilligt.

Besonders begrüßen wir auch jene Bestimmung, die den in den Gemeinden zugewanderten Umsiedlern bereits nach einer dreimonatigen Anwesenheit in der Gemeinde das Stimmrecht bei der Wahl der Gemeindevertretung eingeräumt hat. Es handelt sich dabei um einige Millionen Menschen, denen damit ein neues Heimatgefühl für ihren neuen Wohnsitz gegeben wird.

Ebenso begrüßen wir auch, daß Jugendliche bereits mit 23 Jahren wählbar sind. Diese Bestimmung sorgt dafür, daß geeigneten Jugendlichen schon frühzeitig die Möglichkeit gegeben wird, in den Gemeindeparlamenten zu lernen, sich mit den Fragen des öffentlichen Lebens zu beschäftigen. Das ist bei dem großen Ausfall von Jahrgängen des mittleren Alters für Deutschland darum so wichtig, weil dadurch für einen demokratischen Nachwuchs gesorgt wird.

Was erwarten wir von den Wahlen?

Wir erwarten von den Wahlen, daß sie nach der Bildung der politischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone nunmehr den zweiten großen lebhaften Impuls zur praktischen Betätigung des Volkes im Sinne der demokratischen Entwicklung bringen.

An die Spitze unserer Wahlarbeit stellen wir darum eine breite demokratische Berichterstattung der Gemeindeverwaltungen. Mögen die Bürgermeister und die verantwortlichen Leiter großer Gemeindebetriebe vor das Volk treten, um in großen Einwohner-versammlungen über ihre Tätigkeit in aller Öffentlichkeit zu berichten.

Eine kritische Würdigung der Arbeiten der Gemeindeverwaltungen ist notwendig und dient der Förderung der Gemeindeaufgaben, sie stärkt die Verbundenheit der Gemeindeangehörigen mit ihren Verwaltungsorganen.

Bei dieser Prüfung durch das Volk wird sich zeigen, wo schwache Stellen sind und wo etwa Unfähigkeit und Unsauberkeit hier und da in den Verwaltungen herrschen.

Wo immer es auch der Fall sein möge, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist entschlossen, ohne Ansehen der Partei oder der Person für Ordnung und Sauberkeit in der Verwaltung einzutreten.

Die Wahlen geben Gelegenheit zur politischen Mitgestaltung unserer Zukunft und erfordern den restlosen Einsatz aller Genossen.

In der sowjetischen Besatzungszone gehen die frühere Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die frühere Kommunistische Partei Deutschlands auf Grund ihrer einstimmigen Parteitagebeschlüsse geeinigt als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in den Wahlkampf.

Weil wir uns der Bedeutung dieser Wahlen in so starkem Maße bewußt sind, bedauern wir es auf das lebhafteste, daß nicht auch in Berlin, wie überhaupt in ganz Deutschland, bei allen Wahlen die Sozialisten eine geschlossene Front bilden.

Schaffung der Einheit – die Lehre der Vergangenheit

Wir haben es aus der Zeit vor 1933 noch allzu deutlich in Erinnerung, daß die gespaltene Arbeiterbewegung den Weg zum Sozialismus nicht gehen konnte, und letzten Endes ihre Spaltung die Machtergreifung Hitlers ermöglichte.

Diese Erkenntnis fand bei den breiten Volksmassen nicht den erwünschten Boden, weil der Bruderkampf die Werbekraft der sozialistischen Idee in stärkstem Maße schwächte. Gerade jene Volksschichten, denen ihre Klassenlage infolge der Auswirkungen des Krieges erstmalig spürbar wurde, blieben nicht zuletzt wegen des gegenseitigen Kampfes der Arbeiterparteien den sozialistischen Organisationen fern. Handwerker und Bauern, Geistesarbeiter und freie Berufe, Beamte und Angestellte fielen so der demagogischen und verlogenen Agitation der Monopolkapitalisten und Hitlers widerstandslos zum Opfer.

Die Entwicklung ging so ihren verhängnisvollen Weg. Weil ein erneutes Versagen des deutschen Volkes bei der gestellten geschichtlichen Aufgabe nur zu neuen Katastrophen führen kann, erheben wir unseren Ruf nach der Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland. Wir wollen nicht, daß die Spaltung der sozialistischen Organisationen zu gegenseitiger Bekämpfung führt.

Jeder von den rechten sozialdemokratischen Führern gegen die Einheit der Arbeiterbewegung geführte Angriff treibt jene Kreise, deren Gewinnung für die sozialistische Idee die große geschichtliche Tat unserer Zeit sein muß, ins gegnerische Lager.

Unser Gemeindewahlprogramm

Unser Gemeindewahlprogramm behandelt in umfassender Weise die Aufgaben der Gemeinden. Ausgehend von dem leitenden Grundsatz „Durch das Volk, mit dem Volk, für das Volk“,

fordern wir die volle demokratische Selbstverwaltung der Gemeinden.

Die Reinigung aller Ämterstellen von Kriegs- und Naziverbrechern, die Überwindung der so viel Verdruß und Ärger hervorriefenden Bürokratie und der Einsatz fähiger, verantwortungsbewußter Demokraten in allen Verwaltungsstellen müssen selbstverständlich Voraussetzung für jede Selbstverwaltung sein.

Die Gemeinden haben die Aufgabe, umfangreiche Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen für die Schaffung eines geeigneten Nachwuchses an Verwaltungsangestellten aus dem Volke zu schaffen.

Wir werden alle Maßnahmen ergreifen, um Sauberkeit, Unbestechlichkeit und Ehrlichkeit, Sparsamkeit und Verantwortlichkeit in der Verwaltung zu gewährleisten.

Die Gemeinden müssen für die wirtschaftliche Entmachtung der Kriegs- und Naziverbrecher und Übereignung ihrer Unternehmungen an die Selbstverwaltungen sorgen. Sie müssen sich zum Träger wirtschaftlicher Unternehmungen entwickeln, die der öffentlichen Bedarfsversorgung dienen.

Aufgabe der Gemeinden muß es sein, bei der Preisregelung, der Güterverteilung, der Bekämpfung des schwarzen Marktes und der Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses von Produzenten und Konsumenten mitzuwirken.

Wir müssen die Gemeindefinanzen in Ordnung bringen und eine ordentliche und sparsame Haushaltsführung schaffen.

Wir fordern vor allem auch eine sozial abgestufte Steuerbelastung der Werktätigen.

Von großer Bedeutung ist das Schul- und Erziehungswesen. Es gilt die wiederherstellbaren Schulgebäude instand zu setzen und neue Schulen zu errichten.

Der Schulunterricht muß unentgeltlich und so gestaltet sein, daß er jeder Begabung freie Entfaltung läßt. Der Sohn des Arbeiters hat dasselbe Recht auf einen Platz an der Universität wie der Sohn des Bürgers.

Wir treten weiter ein für die Schulspeisungen und Versorgung der Schulkinder mit Schuhen.

Kindergärten und Kinderhorte müssen eingerichtet, Volkshochschulen und Bibliotheken geschaffen werden.

Theater und Lichtspielwesen gilt es zu fördern und der gesamten Lehrerschaft eine ihrer Bedeutung gemäße rechtliche und wirtschaftliche Stellung zuzuweisen.

Den Einrichtungen zur Unterhaltung und Verbesserung der Gesundheit gebührt ganz besondere Beachtung: Instandsetzung und Schaffung von Krankenhäusern, Heilstätten, von Badeanstalten, ferner die schulärztliche Betreuung der Kinder, der Säuglings- und Mutterschutz, die Einrichtung von Kinderrippen stehen im Vordergrund unseres Interesses.

Den Werktätigen gebührt der Schutz durch ausreichende Sozialversicherung, Unfallschutz, Durchführung des Achtsturentages, tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung in allen Betriebsangelegenheiten.

Umsiedlern und Heimkehrern müssen wir weitgehende Hilfe zuteil werden lassen. Die auf unsere Initiative geschaffene freiwillige Volkssolidarität muß der Gemeindeverwaltung unterstützend und Anregungen gebend zur Seite stehen.

Ob es sich um die Behebung von Bombenschäden oder die Herstellung neuen Wohnraumes für Umsiedler und Flüchtlinge handelt, die Beseitigung der Wohnraumnot ist eine der wichtigsten Fragen, die von den Gemeindeverwaltungen gelöst werden muß. Es müssen hier neue Wege gesucht und gegangen werden, um die Auswertung der Trümmerfelder und die Beschaffung der Baustoffe, die Durchführung der noch möglichen Instandsetzungen und die Herstellung neuen Wohnraumes und neuer Siedlungen zu ermöglichen.

Hier ist der Initiative der Gemeindevertreter Tür und Tor geöffnet. Der Gemeindeverwaltung, als dem Organ der örtlichen Gemeinschaft, bietet sich hier die Möglichkeit zur Entfaltung der schöpferischen Mitarbeit aller aufbauwilligen Kräfte.

Die für die demokratische Festigung und als tatkräftige Hilfe



Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl während einer Arbeitsbesprechung

für Landarbeiter und Umsiedler so bedeutungsvolle Bodenreform muß in engster Zusammenarbeit mit der gegenseitigen Bauernhilfe ausgebaut und gefestigt werden.

Wir müssen die höchstmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugungskapazität erzielen. Das können wir aber nur, wenn die Gemeindeverwaltungen alles daransetzen, was zur materiellen Versorgung der Neubauern notwendig ist. Richtschnur unseres Handelns zur Sicherung unserer Ernährung ist die Parole „Stadt und Land – Hand in Hand!“

Nur durch gegenseitige Unterstützung wird es gelingen, die gegenwärtigen und die uns noch bevorstehenden Ernährungsschwierigkeiten auf ein erträgliches Maß herabzudrücken.

Tun wir uns alle zusammen und helfe jeder zu seinem Teile mit, damit das Hereinbringen der Ernte und die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gesichert sind.

Frauen und Jugend beim demokratischen Aufbau

Seit jeher sind wir für die Gleichberechtigung der Frauen eingetreten. Es gibt heute nicht mehr viele Berufe, zu denen die Frauen noch keinen Zugang gefunden haben. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ muß endlich Wirklichkeit werden.

Die Gleichberechtigung der Frauen muß sich auch darin zeigen, daß in zunehmendem Maße Frauen zur Mitarbeit in den Gemeindeverwaltungen berufen werden.

Die Gemeinden müssen ihr ganzes Streben darauf richten, die Versorgung der Bevölkerung so reibungslos wie möglich zu gestalten. Den in der großen Mehrzahl im Berufsleben stehenden Frauen dürfen die Stunden ihrer Freizeit nicht durch „Schlangestehen“ und vergebliche Wege zum Verkäufer verleidet werden.

Die Jugend will und darf beim Wiederaufbau nicht fehlen. Sie, die durch die nazistische Politik mit kummervollen Erlebnissen

aller Art belastet in das Leben tritt, ist unsere große Hoffnung. Es bedarf des jugendlichen Schwunges, um auch in der Gemeindeverwaltung die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden, und so treten wir mit Wärme dafür ein, daß die vom Jugendparlament der FDJ aufgestellten Forderungen der Jugend verwirklicht werden.

Wir wollen handelnde Staatsbürger!

Es ist das Verdienst der antifaschistischen Volkskräfte, die sich hilfsbereit zur Verfügung stellten, als alles in Trümmern lag, die in zäher Arbeit dafür sorgten, daß die Trümmer von den Straßen verschwanden, der Verkehr wieder anlief, Versorgungsgüter wieder greifbar waren und das Leben des Alltags wieder seinen Weg ging.

Ihnen, die sich sofort bereit fanden, als Konkursverwalter einzuspringen, gilt unser Dank. Sie wußten genau, daß mehr Kritik als Lob zu erwarten war. Sie waren erfüllt von dem Vorsatz, der Welt zu zeigen, daß das deutsche Volk entschlossen ist, das Hitlerabenteuer restlos zu liquidieren und ein friedliches, demokratisches Deutschland aufzubauen.

Natürlich sind in der Vergangenheit Fehler gemacht worden und werden auch in Zukunft gemacht werden. Nur wo nicht gearbeitet wird, werden keine Fehler gemacht.

Aus der Fülle der keineswegs erschöpfend skizzierten Gemeindeaufgaben ersehen wir, welchen gewaltigen Umfang das Arbeitsgebiet der Gemeindeverwaltungen hat. Und hier dürfen wir, ohne mißverstanden zu werden, wohl sagen, daß wir keineswegs überrascht sind, zu hören, daß in dieser oder jener Gemeinde die Arbeit der Verwaltungen nicht den ungeteilten Beifall der Einwohnerschaft gefunden hat.

Es gilt den deutschen Untertanengeist zu überwinden und den demokratisch und politisch denkenden und handelnden Staatsbürger heranzubilden. Alle von der Hitlerkatastrophe erfaßten

und durch kaum vorstellbare Ereignisse durcheinandergewürfelten Frauen und Männer, insbesondere aber die jungen Menschen, gilt es aufzurichten und dem großen Ideal der sozialistischen Gestaltung unseres Lebens zuzuführen. Wehe dem deutschen Volk, wenn es trotz der eindringlichen Belehrung nach dem ersten Weltkriege, aus dem Lug und Trug des „dritten Reiches“ und schließlich aus dem fürchterlichsten aller Kriege, dem zweiten Weltkrieg, nicht die richtigen Lehren zu ziehen weiß.

Es gilt der Welt zu zeigen, daß wir den nazistischen Geist überwunden haben und entschlossen sind, der Demokratie zum Siege zu verhelfen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird bei den Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone beispielgebend zeigen, wie die Einheit der Werktätigen in steigendem Maße die sozialistische Willensbildung zu stärken vermag.

Dank dieser Einheit wird und muß es uns in Zukunft gelingen, die praktischen Fragen des Wiederaufbaus noch tatkräftiger in Angriff zu nehmen, als das bisher schon der Fall war.

Das deutsche Volk kann und darf nicht warten, bis, wie die Reste der Sozialdemokratischen Partei es heute in Berlin sagen, die Entscheidung der weltpolitischen Kräfte gefallen ist.

In dem uns gegebenen Spielraum gilt es zu arbeiten und alles zu tun, was dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft und der Wiedererrichtung des deutschen Staates dient.

Jeder einzelne aber muß sich klar sein, daß noch so schöne Programme, Richtlinien und Forderungen nur Worte sind, wenn nicht der Wille eines ganzen Volkes zu ihrer Verwirklichung dahintersteht.

Unser Wahlprogramm ist nicht das Programm einer Partei, sondern das Programm eines um seine Zukunft und sein Leben ringenden Volkes. Dieses ganze Volk rufen wir auf, Hand anzulegen wie bisher, wenn es gilt, Stein auf Stein zu bauen für eine bessere, friedliche Zukunft Deutschlands.

Kein noch so schön gedrechseltes Wort rührt einen einzigen Stein vom Fleck, wenn nicht der entschlossene Wille der Menschen, aus Worten Taten zu machen, dahintersteht.

Wir werben um Vertrauen und ringen um die Stimme jedes einzelnen Wählers, damit am Ende dieses Wahlkampfes die Verwirklichung jenes alten sozialistischen Liedes steht:

„Mit uns das Volk, mit uns der Sieg.“



Um Deutschlands Zukunft

Reden in Essen, Köln, Düsseldorf, Braunschweig

20. bis 23. Juli 1946

Man kann der Katastrophe von 1945 nur gerecht werden, wenn man sie als ein Gericht betrachtet, in dem die ganzen deutschen feudal-aristokratischen und bürgerlich-kapitalistischen Überlieferungen gewogen und zu leicht befunden wurden.

Solange die Dinge gut gingen, pflegte sich der Deutsche selbstgefällig auf das Schillerwort zu berufen:

„Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.“

Er muß die Wahrheit dieses Wortes nun auch gelten lassen, nachdem die Weltgeschichte gegen ihn entschieden hat.

Hitler hat *va banque* gespielt. Er hat Deutschland auf eine Karte gesetzt, die Karte hat nicht gestochen, und das deutsche Volk ist mit leeren Taschen zurückgeblieben. Es besitzt keinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Groschen mehr. Das deutsche Volk ist kein völkerrechtliches Subjekt mehr, es hat keinen Staat, keine Regierung, keine Fahne, keinen Wohlstand, keine Ehre und keine Freiheit. Alles, alles ist dahin. Es ist in der Welt verrufener, als es Wandalen und Hunnen waren. Es ist ärmer, als es Polen, Jugoslawen und Rumänen waren.

Das deutsche Volk ist Gegenstand einer geschichtlichen Katastrophe, wie sie furchtbarer und grenzenloser noch kein großes Volk betroffen hat. Nur die Zerstörung Karthagos und Jerusalems oder der Dreißigjährige Krieg bieten sich zum Vergleich an. Hitler ist dem Chaos entstiegen, und die auf ihn gehört haben, mußten unvermeidlich im Chaos versinken. Der Ertrag des Hit-

lerregimes erweist sich als ein schreckliches Nichts. Vermutlich ist die Zahl der Deutschen heute noch gering, welche die ganze Tiefe des jähen Sturzes ermessen, den Deutschland getan hat. Das Werk der Vernichtung war so grauenhaft, der Schrecken der Menschen so panisch, daß heute noch Millionen und aber Millionen verstört, ratlos und verzweifelt vor dem Leben stehen.

Wir stehen vor dem größten wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Trümmerhaufen, den je ein Krieg hinterlassen hat. Dasselbe Bild zeigt sich in allen Ländern, die der hitlersche Kriegsstiefel betreten hat. Hier ist die traurige Bilanz:

1. Menschenverluste

Gefallene	rund 14 Millionen
Ermordete	„ 6 „
Bombardierte	„ 3 „
In Konzentrationslagern umgebracht	„ 11 „
zusammen	<u>rund 34 Millionen Tote</u>

2. Ins Elend Gestürzte

Kriegsversehrte	rund 30 Millionen
Obdachlose	„ 21 „
Heimatlose	„ 15 „
zusammen	<u>rund 66 Millionen</u>

3. Zerstörte Gebäude

Privatgebäude	rund 32 Millionen
Öffentliche Gebäude	„ 18 „
insgesamt	<u>rund 50 Millionen Gebäude</u>

Die Armut und das Elend, in die uns der nationalsozialistische Wahnsinn gestoßen hat, sind mit den Händen zu greifen.

Das Land ist in vier Zonen zerschnitten und von vier Mächten militärisch besetzt. Wie kann sich Deutschland aus seinem natio-

nalen und menschlichen Unglück wieder erheben? Das ist die Frage, vor der wir stehen.

Alle Macht liegt in den Händen der alliierten Besatzungsmächte, sie konnten über uns hinweggehen und uns zertreten. Sie taten es nicht. Sie schufen vielmehr auf Initiative der Sowjetunion Verhältnisse, die uns einmal in den Stand setzen können, langsam und unter schwersten Anstrengungen wieder vorwärts und aufwärts zu kommen.

Der Ausgangspunkt ist verschieden. In geradezu verhängnisvoller Weise verdeckt ein dichter Schleier von Banknoten immer noch die wahren ökonomischen Tatbestände. Die Tatsache, daß aus der Hitlerzeit noch etwa 60 Milliarden Reichsmark Banknoten umlaufen, täuscht eine Kaufkraft vor, die tatsächlich nicht vorhanden ist. Immer noch haben es viele nicht begriffen, daß das in den Sparkassen und Banken angelegte Geld unter Hitler in Reichsschatzanweisungen angelegt wurde und damit im Rauch der Bomben aufgegangen ist. Keine Macht der Erde und kein noch so geschicktes Rechenkunststück kann die Tatsache beiseiteschieben, daß in Deutschland der Wert der vorhandenen Gebäude von 250 Milliarden Reichsmark durch Zerstörungen und Räumungen auf schätzungsweise 150 Milliarden Reichsmark gesunken ist. Das übrige Sachvermögen der Betriebe und Privatleute ist von 300 Milliarden Reichsmark auf etwa 125 Milliarden zusammengeschmolzen.

Das deutsche Sachvermögen beträgt also bestenfalls noch eine Drittelbillion Reichsmark, dem eine Schuldenlast durch die größtenwahnsinnige Politik Hitlers und seines Krieges in Höhe von einer Dreiviertelbillion Reichsmark gegenübersteht. Es ist der schauerlichste und grandioseste Staatsbankrott, den jemals die Welt erlebt hat.

Von hier aus ergibt sich aber leider der Ausgangspunkt für die zukünftige Entwicklung Deutschlands. Während die sowjetische Besatzungsmacht durch die Sperrung aller Spar- und Bankguthaben den realen Geldverhältnissen Rechnung getragen hat, haben die westlichen Besatzungsmächte die Spar- und Bankguthaben

nicht angetastet. Der tatsächlich durch Feuer und Brand vernichtete Geldwert führt in den westlichen Besatzungszonen ein Scheindasein, das eines Tages zwangsläufig der Vernichtung anheimfallen muß.

Dadurch wird die deutsche Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen vor neue große Erschütterungen gestellt werden. Das Leben in den westlichen Teilen Deutschlands hat kein festes Fundament unter den Füßen, es vollzieht sich vielmehr auf einem finanziellen und ökonomischen Hohlraum, während es in der sowjetischen Besatzungszone auf einer zwar niedrigeren, dafür aber wahrhafteren Stufe begann. Schon hier zeigt sich die ganze Tragik der deutschen Verhältnisse, die in der Zergliederung in vier voneinander getrennte Besatzungszonen liegt.

Wie kann dieses Leben nun gestaltet werden? Vor uns liegen die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz aus dem Jahre 1945, die wir als die Charta für die zukünftige Entwicklung Deutschlands ansehen müssen. In der Präambel dieser Beschlüsse heißt es:

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“¹

Die Potsdamer Beschlüsse öffnen den Spalt eines Fensters, durch den ein Hoffnungsschimmer für uns eindringt. In unsere eigene Hand ist ein Teil der Gestaltung der deutschen Dinge gelegt. Es muß sich zeigen, was wir daraus zu machen verstehen.

Die uns gewährte Vorbereitung zur Herstellung einer demokratisch-friedlichen Grundlage Deutschlands hat einige Voraussetzungen, deren Erfüllung unerläßliche Notwendigkeit ist. Die erste und entscheidende Voraussetzung besteht in der Schaffung einer einigermaßen erträglichen Ernährungsgrundlage. Eine Nation von ausgemergelten Hungerleidern zu friedfertigen Demo-

¹ „Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, Berlin 1950, S. 15.

kraten zu machen, dürfte wohl nur schwer möglich sein. Wenn Heinrich Heine einmal sagte:

„Im hungrigen Magen Eingang finden
nur Suppenlogik mit Knödelgründen“,

so trifft das wohl am besten die gegenwärtige Situation.

Wenn heute die Bevölkerung der westlichen Besatzungszonen gezwungen ist, immer neue Löcher in ihren Leibriemen zu machen, um ihn immer noch enger zu schnallen, so wollen wir nicht vergessen, daß das eine Folge der politischen Gleichgültigkeit und Sturheit weiter Schichten des deutschen Volkes in den Jahren von 1918 bis 1945 gewesen ist.

Es bringt uns nicht einen Schritt weiter, wenn wir uns in eine sinnlose Opposition drängen lassen und neuen Extremen nachjagen.

Die Gefährlichkeit des Zustandes zeigt sich darin, daß der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in Hannover am 12. Juli 1946 eine EntschlieÙung fassen mußte, die sich entschieden gegen die Versuche wandte, die verständliche Unruhe der Bevölkerung, die durch die gegenwärtige schwierige ernährungspolitische und soziale Lage hervorgerufen wurde, zu nationalsozialistischen Kundgebungen zu mißbrauchen.

Die Gefahr liegt bei jenen Kreisen, die ohne die geringste Verantwortung sich unter dem Deckmantel demokratischer Gesinnungsfreiheit laut äußern:

„Die Nazis mögen gewesen sein, wie sie wollen, sie haben wenigstens dafür gesorgt, daß wir satt zu essen hatten.“

Diese Menschen vergessen dabei nur, daß sie satt wurden durch die Ausplünderung und Beraubung anderer Völker. Sie vergessen auch, daß sie neben der Gewißheit, den Magen einigermaßen zu füllen, tagtäglich den Garantieschein auf einen grauenvollen Tod durch Granaten und Bomben in der Tasche hatten.

Mit tiefer Anteilnahme verfolgen wir in der sowjetischen Besatzungszone die Pressemeldungen über die Kürzungen der Lebensmittelrationen in den westlichen Besatzungszonen. Es ist

uns nicht gleichgültig, wenn wir lesen, daß die Verpflegungsmenge in der amerikanischen Besatzungszone auf 1180 Kalorien täglich, in der britischen Besatzungszone auf 1014 Kalorien und in der französischen Besatzungszone auf 1075 Kalorien für den Normalverbraucher gesenkt werden mußten. Es ist uns um so weniger gleichgültig, wenn das in einer Zeit geschieht, in der wir selbst in der sowjetischen Besatzungszone eine Erhöhung der Rationen durchführen konnten.

Die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone ist in zwei Versorgungsgruppen eingeteilt. Die erste Gruppe umfaßt die 15 größten Städte und die zweite Gruppe das übrige Land. In den größeren Städten konnten wir jetzt den Durchschnittssatz von 1579 Kalorien auf 1639 Kalorien für den Durchschnittsarbeiter erhöhen.

Auf dem flachen Lande ging diese Erhöhung von 1338 Kalorien auf 1413 Kalorien vor sich.

Das ist gegenüber einem täglichen Kaloriensatz von 1014 in der britischen Besatzungszone gewiß eine erhebliche Verbesserung. Wir sind nun keineswegs der Auffassung, daß damit die notwendigen Bedürfnisse der Ernährung befriedigend erfüllt wurden. Davon sind auch wir noch weit entfernt.

Obwohl wir mit euch gemeinsam die Hilfe in der Lebensmittelversorgung durch die alliierten Besatzungsmächte in den westlichen Besatzungszonen dankbar anerkennen, so sind wir der Auffassung, daß Deutschland nicht darauf warten kann, aus dieser schweren Situation etwa nur durch die Hilfe der Alliierten herauszukommen. Wir sind kein mutloses Volk von Bettlern, wir müssen uns selbst helfen, damit wir eines Tages der Welt nicht mehr zur Last zu fallen brauchen. Damit es aber so kommen kann, muß das ganze deutsche Volk einmütig und einheitlich seine Stimme erheben und den Alliierten sagen:

„Laßt uns so viel Arbeitsmöglichkeit, daß wir uns selbst ernähren können, zerreißt dieses Deutschland nicht in Stücke, sondern laßt es leben.“

Nur so könnten wir ein demokratisches und friedliches Deutsch-

land aufbauen. In jedem anderen Fall wird der Faschismus legal und illegal weiterleben.

Wir müssen bei der Schaffung dieser Voraussetzungen aber auch selbst tatkräftig und entschlossen mitwirken. Baut eure gewerkschaftlichen und politischen Organisationen aus. Macht sie zu den Trägern des politischen Willens und gestaltet so den Impuls für die notwendige und erfolgreiche Selbsthilfe.

Auch uns ist in der sowjetischen Besatzungszone nichts in den Schoß gefallen. Wir haben das vergangene Jahr nicht ungenützt verstreichen lassen. Wir haben gearbeitet!

Wir schufen eine tiefgreifende Bodenreform, liquidierten 6350 große Landgüter mit einer Bodenfläche von 2,2 Millionen Hektar, die wir an landwirtschaftliche Arbeiter, Kleinbauern und Pächter verteilten, und schufen 400000 Neubauernhöfe an Stelle mehrerer tausend Junkergüter. Wir rissen die Wurzeln des feudalaristokratischen Großgrundbesitzes aus und vernichteten damit eine der wichtigsten gesellschaftlichen Grundlagen des deutschen Militarismus. Die Bestellung des Landes wurde sorgfältig geplant und der Plan gewissenhaft erfüllt. Wir schufen die Vereinigungen gegenseitiger Bauernhilfe, die in gemeinsamer Arbeit die großen Schwierigkeiten, wie den Mangel an Saatgut, Düngemitteln, Geräten, Maschinen, Vieh, überwinden.

Die städtische Bevölkerung trägt das ihre an Hilfe dazu bei, um unter schwierigsten Bedingungen in den industriellen Betrieben das zu erzeugen, was der Bauer braucht. Wir organisieren in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften und Frauenausschüssen Erntehilfe und Hilfe bei der Frühjahrsbestellung. Unsere Reparaturkolonnen für landwirtschaftliche Maschinen rollen an Sonntagen von den Städten hinaus aufs Land, ohne Lob, ohne Lohn. Unsere Kinder sammeln die letzte Ähre, jäten Unkraut und helfen bei der Schädlingsbekämpfung. Unsere Jugendlichen bilden wahre Stoßkolonnen der Arbeit.

Das Heldenideal der Nazis, Kriegführen und Rauben, Plündern und Morden, Schießen und Sterben, soll in dieser Jugend abgelöst werden von dem Wort:

„Es ist besser, für das Vaterland zu arbeiten, als für das Vaterland zu sterben.“

Während die Naziverbrecher unsere Heimat zu einem Trümmerfeld machten, gingen unsere Jugendlichen ans Werk, die Felder zu entminen. Ein 16jähriger sammelte in kurzer Zeit 30 Minen und machte sie selbst unschädlich. Ein anderer 16jähriger entschärfte 80 Minen und ein 21jähriges Mädchen nahm allein 85 Minen auf.

Wir entfesseln ein neues Arbeitsethos unter dem alten sozialistischen Wort: „Einer für alle, alle für einen.“

So mobilisieren wir die letzte Hand für den letzten Quadratmeter Boden. Es gibt kein Feld in der sowjetischen Besatzungszone, das unbearbeitet und brach liegt.

So schufen wir, Stadt und Land – Hand in Hand. Ohne diese Gemeinsamkeit der neuen Aufbauarbeit ist keine Besserung zu erzielen. Sie muß ausgehen von uns selbst, aus einer inneren Verpflichtung, aus unserem Lebenswillen. So schufen wir auch in der Industrie nach festen Plänen, die in allen Betriebszweigen übertroffen werden.

Letzten Endes liegt der Erfolg für den Aufbau Deutschlands nur in uns selbst, aber der deutsche Arbeiter muß wissen, wofür er arbeitet. Er darf nicht mehr der Sklave des Großkapitals oder der Befehlsempfänger ehemaliger Landbund- oder Wehrwirtschaftsführer, sondern muß der Träger der neuen deutschen Zukunft sein, darum enteigneten wir die Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis. Die Totengräber Deutschlands haben in der Wirtschaft nichts mehr verloren. In Tausenden von Betrieben stehen heute Treuhänder der Arbeit, die aus den Reihen der Arbeiterklasse selbst kommen oder zu ihr stehen. In den Verwaltungen und in den Wirtschaftsleitungen haben wir die radikale und restlose Säuberung von Faschisten durchgeführt. Der Faschismus muß sterben, damit Deutschland lebe und die Welt nie wieder durch Deutschland bedroht wird.

Die Entwicklung des deutschen Friedenswillens ist am sichersten

und am wirksamsten in den Händen der deutschen Arbeiterklasse aufgehoben. Diese Arbeiterklasse aber kann ihre große und tragende Kraft für die Zukunft Deutschlands nicht restlos einsetzen und entwickeln, wenn sie in Zonen und Parteien zerrissen ist.

In der Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien bewährte sich trotz aller von draußen veranlaßten Störungsversuche der Blockgedanke. Die Gemeinsamkeit der Not und die vielfache Gemeinsamkeit der Aufgaben zwingen die Parteien, wenn auch in vielen Einzelfragen voneinander abweichend, zusammenzuwirken. Die Polarität der politischen Ereignisse zwischen Bodenreform und Volksentscheid in Sachsen zeigt den Umfang der gemeinsam geleisteten Arbeit. Es muß in Deutschland die Aufgabe jeder verantwortungsbewußten Partei werden, sich über ihren eigenen Rahmen hinaus zu heben auf eine höhere Ebene der Gemeinsamkeit.

Diese Zusammenarbeit hat nichts zu tun mit der Koalitions politik der Weimarer Republik. Sie ist nicht das Ergebnis einer politischen Arithmetik, aus der politischer Schacher mit Folgerichtigkeit entspringt, sie ist auch nicht der Versuch, vorhandene Unterschiede weltanschaulicher oder politischer Art zu verkleistern, sondern sie ist der Ausdruck gemeinsamer und freiwillig übernommener Pflichten aus Verantwortung vor dem Volk. Eine solche Zusammenarbeit kennt daher auch keinerlei Mehrheitsbeschlüsse.

Die Blockpolitik ist die gemeinsame Verantwortung gegenüber unserer Not. Ihre Fortsetzung und Erhaltung ist eine zwingende Notwendigkeit für die Fortführung einer erfolgreichen Aufbau politik in Deutschland.

Ein Gang durch die Straßen deutscher Städte zeigt uns, wo unsere gemeinsame Aufgabe liegt und wie notwendig die Zusammenarbeit aller aufbauwilligen Kräfte in Deutschland ist. Wir dürfen nicht jenen alten, unfruchtbaren Parteihader fortsetzen, der Deutschland bis 1933 beherrschte.

Wer soll denn einmal die Trümmer unserer Städte beseitigen? Wer soll denn einmal wieder neue Wohnungen schaffen? Kann

das das Werk einer einzelnen Partei sein oder müssen wir nicht alle Hand ans Werk legen? Wir sagen, es ist den Trümmerhaufen in unseren Städten ganz gleichgültig, ob sie nach sozialdemokratischen oder kommunistischen, nach evangelischen oder katholischen Prinzipien beseitigt werden. Die Hauptsache ist, daß sie überhaupt beseitigt werden. Wer diese Dinge mit ruhigem und verantwortungsvollem Blick sieht, der muß sich klarwerden, daß alles, was uns eint, heute hundertmal stärker ist als alles, was uns trennt.

Von hier aus gewinnen wir auch allein die richtige Einstellung über die Position der deutschen Arbeiterklasse. Beide Arbeiterparteien der sowjetischen Besatzungszone waren von der Notwendigkeit der organisatorischen Vereinigung durchdrungen. Waren die Vertreter der beiden Arbeiterparteien gut genug, gemeinsam durch die Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager zu gehen, konnten sie gemeinsam auf die Prügelböcke der Gestapo geschnallt, zum Galgen und Schafott geführt werden, dann sind sie auch gut genug, in einer Partei zu wirken und zu kämpfen.

Wir vollziehen nur das Vermächtnis unserer großen Toten, mit dem sie zum Schafott gingen, daß einmal die gemeinsame Kraft der Arbeiterklasse stark genug ist, um die Wiederkehr mittelalterlicher Tyrannei endgültig zu verhindern. Die Gründe für die Notwendigkeit der Vereinigung der Arbeiterklasse haben wir oft und eingehend dargelegt.

Die Folgen der Spaltung sind bekannt: Die Kraft des Proletariats wurde gelähmt, die Organisationen der Arbeiterschaft zur Ohnmacht verurteilt, die Idee des Sozialismus kompromittiert, und Hitler stieg als gerissener Handlanger der Schwerindustrie und Nutznießer der größten Weltwirtschaftskrise über den Rücken der bürgerlichen Parteien auf den Kanzlerstuhl. Das Drama von 1945 war da.

Die Aufrechterhaltung des Spaltungszustandes in der Arbeiterklasse Deutschlands bedeutet, eine ähnlich verhängnisvolle Entwicklung heraufzubeschwören und die Sache der deutschen Arbeiterklasse erneut zu gefährden.

Wir früheren Sozialdemokraten der sowjetischen Besatzungszone erkannten klar und frei von allen Zweifeln, daß die Gestaltung friedlicher deutscher Lebensverhältnisse nur möglich ist in einem einheitlichen Deutschland. Schon in meiner Rede vom 14. September 1945 in Berlin erklärte ich:

Wir würden es im Interesse der Gesamtentwicklung überaus bedauern, wenn unsere Genossen in der anglo-amerikanischen Besatzungszone aus Mangel an zutreffenden und ausreichenden Informationen zu Beschlüssen kämen, die sich für die Zukunft hindernd und hemmend auswirken müßten.

Daß die Organisation dabei Schaden leiden würde, wäre bedauerlich, aber letzten Endes unwichtig. Wichtig ist nur, daß die deutsche Arbeiterklasse durch ihre einheitliche Kampfpartei sich einen Sprecher schaffen muß, der berechtigt und berufen ist, im Namen der gesamten deutschen Arbeiterklasse und des gesamten deutschen Volkes mit den Alliierten und damit der Welt einmal zu reden.

Darum verlangten wir die Schaffung der Sozialdemokratie und die Einberufung eines Parteitages im gesamtdeutschen Maßstabe. Eine einheitliche Sozialdemokratie und eine einheitliche Kommunistische Partei in Gesamtdeutschland wären damals noch die stärkste Basis für die Schaffung des einheitlichen Deutschlands gewesen.

Dr. Schumacher antwortete mit „Nein!“ Er führte dazu auf dem Zonenparteitag der SPD in Hannover aus:

„Ich glaube, wir können es für uns beanspruchen, daß dieses Nein eine der wichtigsten politischen Taten in Deutschland gewesen ist.“

Die von Hannover ausgehende „wichtigste politische Tat in Deutschland“ schuf den verhängnisvollen sozialdemokratischen Parteizonen-Partikularismus der westlichen Besatzungszonen.

Das Ergebnis liegt vor uns: Die Sozialdemokratische Partei der westlichen Besatzungszonen hat in der Lebensfrage Deutschlands zum Schaden des deutschen Volkes völlig versagt.

In einer Frage, die für jeden Sozialdemokraten seit Jahrzehn-

ten außerhalb jeder Diskussion stand, fiel die Sozialdemokratie der westlichen Besatzungszonen ohnmächtig nach allen Seiten auseinander. Von unklarem Föderalismus über wilden Partikularismus bis zu nacktem Separatismus klaffen die Meinungen hoffnungslos auseinander. Das ist die Schuld des hannoverschen Parteivorstandes. Vom Föderalismus zum Separatismus führt der verhängnisvolle Weg.

Wir dürfen nicht so tun, als könne uns die neue deutsche Einheit als ein Geschenk des Himmels in den Schoß fallen. Auf dem deutschen politischen Spielfeld muß eine starke politische Kraft vorhanden sein, die der Träger des deutschen Einheitswillens zu sein hat, wenn nicht die deutsche Einheit ganz und gar zerfallen soll. Wird ein solcher Einheitswille nicht stark spürbar, ist die Zersetzung Deutschlands unaufhaltsam. Kämpft ein solcher Einheitswille nicht gegen die Zersetzungstendenzen an, so findet sich das Ausland mit der Auflösung des Gesamtkörpers ab.

Hinter dem Prozeß der Einigung der sozialistischen Parteien wirkt dieser deutsche staatliche Einheitswille. Er ist sogar die stärkste Triebkraft, die dabei zur Geltung kommt. So hat die Einigung der sozialistischen Parteien, die sich vorerst in der sowjetischen Besatzungszone vollzogen hat, in keiner Hinsicht partikularistischen Beigeschmack, gerade das Gegenteil ist der Fall. Dieser Einigungsvorgang mobilisiert alle Kräfte des deutschen Volkes, die nicht bereit sind, die deutsche Einheit preiszugeben und zu verraten. Hier entsteht ein politisches Kraffelement, das die auseinanderstrebenden Glieder des deutschen Volkes wieder zusammenpacken und zusammenbinden soll. Man durfte mit der Einigung der sozialistischen Parteien nicht länger warten, wenn nicht die Zukunft des deutschen Volkes verdorben werden sollte.

Die Arbeiterschaft im Osten Deutschlands mußte darum damals schnellstens die Vereinigung vollziehen, um von hier aus in der entscheidenden Schicksalsfrage Deutschlands einen unerschütterlichen Block zu bilden, an dem sich die Arbeiterschaft ganz Deutschlands wieder aufrichten wird.



Der historische Händedruck. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl auf dem Vereinigungsparteitag der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

